

P-01

Protokoll

Landesdelegiertenkonferenz GRÜNE NRW - Oberhausen

Initiator*innen:

Titel: Protokoll LDK Oberhausen 2024

Protokoll als PDF

PROTOKOLL
Ordentliche Landesdelegiertenkonferenz
Luise Albertz-Halle Oberhausen
29. – 30. Juni 2024

Samstag, 29. Juni 2024, 11:15 Uhr

Der Parteitag steht unter dem Motto „Ein Land, das funktioniert“

Eröffnung und Begrüßung

Raoul Roßbach (KV Herne), Politischer Landesgeschäftsführer, begrüßt die Delegierten und die anwesenden Gäste und eröffnet den Parteitag (11:15 Uhr).

TOP 1
Tagesordnung und Formalia

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Von den 280 gemeldeten Delegierten waren um 11:12 Uhr 194 Delegierte anwesend. Davon waren 113 Delegierte weiblich.

Damit ist die Versammlung **beschlussfähig**.

F-01 Tagesordnung

Raoul Roßbach (KV Herne), Politischer Landesgeschäftsführer, stellt den Antrag **F-01** (Landesvorstand) Vorschlag zur **Tagesordnung** vor.

- 1. Begrüßung und Formalia**
- 2. Aktuelle politische Lage**
- 3. Wahlen**
 - 3.1 Landesvorstand**
 - 3.2 Delegierte des Landesvorstandes im Bundesfinanzrat**
 - 3.3 Rechnungsprüfer*innen**
 - 3.4 Landesschiedsgericht**
- 4. Brücken, Straßen, Schienen: Eine Infrastruktur, die hält, was sie verspricht.**
- 5. Digital, modern, einfach: Ein Land, das funktioniert.**
- 6. Haushalt und Finanzen**
- 7. Berichte**
- 8. Satzung**
- 9. Verschiedenes**

Ergänzung: Raoul Roßbach (KV Herne), Politischer Landesgeschäftsführer, bittet die Versammlung außerdem, die Dringlichkeitsanträge **V-17**, **V-18** und **V-19**, die nicht fristgerecht eingereicht werden konnten, zur Behandlung zuzulassen.

Abstimmung: bei einer Enthaltung **angenommen**

F-02 Antragskommission

Weiterhin stellt Raoul den Vorschlag **F-02** (Landesvorstand) zur Besetzung der Antragskommission vor

- Derya Karadag (KV Köln)
- Sigrid Beer (KV Paderborn)
- Robin Korte (KV Münster)
- Felix Lütke (KV Duisburg)
- Verena Verspohl (KV Hochsauerland)
- Karsten Ludwig (KV Krefeld)

Abstimmung: einstimmig **angenommen**

Wahl des Präsidiums

Laut Geschäftsordnung der LDK gehören die Mitglieder des LPR-Präsidiums und der/die politische Geschäftsführer*in dem LDK-Präsidium als geborene Mitglieder an. Dies sind derzeit:

- Max Löffler (KV Köln)
- Anna di Bari (KV Bochum)
- André Zöhren (KV Duisburg)
- Anna Solar (KV Viersen)
- Raoul Roßbach (KV Herne)

Raoul der Versammlung den ergänzenden Vorschlag des Landesvorstands für die weitere **Besetzung des Präsidiums** vor:

- Pegah Edalatian (KV Düsseldorf)
- David Sasserath (KV Düsseldorf)
- Bondina Schulze (KV Rhein-Berg)
- Helga Lange (KV Gütersloh)
- Stefan Engstfeld (KV Düsseldorf)
- Anne Birkelbach (KV Paderborn)
- Berivan Aymaz (KV Köln)
- Inan Özer (KV Wuppertal)

Abstimmung: einstimmig **angenommen**

Raoul bittet das Präsidium auf die Bühne und übergibt die Redeleitung an das Präsidium.

Präsidium: Anna di Bari, Inan Özer (11:30 Uhr)

Protokoll LDK Münster 3. – 4. Juni 2023

Nach der geltenden GO gilt das Protokoll als bestätigt, wenn bis zur Versammlung kein Einspruch erfolgt ist. Gegen das Protokoll der LDK Münster wurde kein

Einspruch erhoben, es gilt damit als bestätigt (*GO LDK, § 23: Über die Landesdelegiertenkonferenz ist ein Protokoll zu erstellen. Es ist spätestens sechs Wochen vor der nächsten Landesdelegiertenkonferenz an die Kreisverbände zu versenden. Erfolgt bis zu Beginn der folgenden Landesdelegiertenkonferenz kein Einspruch, so gilt das Protokoll als bestätigt. Über eventuelle Einsprüche entscheidet die Landesdelegiertenkonferenz*).

Grußworte

Es folgen die **Grußworte** des gastgebenden **KV Oberhausen**

- Johanna Peters (KV Oberhausen)
- Ralf Schindelasch (KV Oberhausen)

Die Delegierten danken ihnen mit herzlichem Applaus.

TOP 2 Aktuelle Politische Lage

Präsidium: Anna di Bari, Inan Özer (11:50 Uhr)

Zum Verfahren: Tim Achtermeyer (KV Bonn) wird mit einem gesetzten Redebeitrag in den Tagesordnungspunkt einführen. Es folgen insgesamt 28 geloste, quotierte Beiträge à 3 Minuten und 13 gesetzte Beiträge à 5 Minuten.

Gegen dieses Verfahren erhebt sich kein Widerspruch.

Es folgt als Einführung in den Tagesordnungspunkt die politische Rede des Parteivorsitzenden

- Tim Achtermeyer (KV Bonn)

An der Aussprache beteiligen sich:

- Julia Höller (KV Bonn)
- Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen)
- Terry Reintke (KV Gelsenkirchen) *gesetzt*

Danksagung Europakandidat*innen

Tim und Yazgülü bitten Daniel, Alexandra, Janina, Philipp, Liliane und Dave auf die Bühne und bedanken sich bei ihnen für ihren Einsatz im Europawahlkampf.

- Norika Creuzmann (KV Paderborn)
- Sven Lehmann (KV Köln)
- Omid Nouripour (KV Frankfurt) *gesetzt*
- Laura Kraft (KV Siegen-Wittgenstein)
- Ali Saker (KV Münster)

Präsidium: Berivan Aymaz, Max Löffler (12:55 Uhr)

- Britta Haßelmann (KV Bielefeld) *gesetzt*
- Sylvia Rietenberg (KV Münster)
- Norwich Rüße (KV Steinfurt)

Gastrede: Tekin Nasikkol (Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Thyssenkrupp Steel Europe AG und Konzernbetriebsratsvorsitzender der Thyssenkrupp AG)

- Anna Kysil (KV Aachen)
- Michael Sacher (KV Unna)
- Mona Neubaur (KV Düsseldorf) *gesetzt*
- Jenny Brunner (KV Dortmund)
- Janosch Dahmen (KV Ennepe-Ruhr)
- Josefine Paul (KV Münster) *gesetzt*
- Diana Hein (KV Düsseldorf)
- Volkhard Wille (KV Kleve)
- Wibke Brems (KV Gütersloh) *gesetzt*
- Radosawa Stomporowski (KV Bonn)
- Robin Korte (KV Münster)
- Gitte Trostmann (KV Gütersloh) *gesetzt*
- Schahina Gambir (KV Minden-Lübbecke)
- Sebastian Jost (KV Solingen)
- Laura Alderath (KV Recklinghausen) *gesetzt*
- Anne Herbermann (KV Münster)
- Fabian Müller (KV Münster)
- Katharina Dröge (KV Köln) *gesetzt*

Präsidium: Helga Lange, André Zöhren (14:50 Uhr)

- Ophelia Nick (KV Mettmann)
- Melih Keser (KV Duisburg)
- Verena Schäffer (KV Ennepe-Ruhr) *gesetzt*
- Ana Elbeshausen (KV Münster)
- Rüdiger Warnecke (KV Rhein-Erft)
- Daniel Freund (KV Aachen) *gesetzt*
- Anna Kipp (KV Köln)
- Michael Merkel (KV Bochum)

<p>TOP 6 Jahresabschluss 2023 / Haushalt 2024</p>

Präsidium: Helga Lange, André Zöhren (15:20 Uhr)

<p>Jahresabschluss 2023</p>

Anja von Marenholtz (KV Rhein-Erft, Landesschatzmeisterin) erläutert den *Jahresabschlussbericht Finanzen* für das Haushaltsjahr 2023 und bittet die Partei um die Entlastung des Landesvorstands in allen finanziellen Angelegenheiten.

Es folgt der **Rechnungsprüfungsbericht** durch

- Beate Mielsch (KV Rhein-Erft)

Beate empfiehlt der LDK die Entlastung des Landesvorstandes für das Haushaltsjahr 2023: „Die Rechnungsprüfungskommission dankt dem Team des Finanzreferates und der Landesschatzmeisterin für die Vorbereitung und Unterstützung bei der Prüfung und empfiehlt der LDK die Entlastung des Landesvorstandes für das Haushaltsjahr 2023.“

Es folgt die **Stellungnahme des Landesfinanzrats** durch

- Malte Lömpcke (KV Bonn)
Dieser lobt den „sehr soliden Jahresabschluss“ und gibt den einstimmigen Beschluss des LFR den Landesvorstand zu entlasten bekannt.

Es liegt kein weiterer Aussprache-Bedarf zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

Entlastung des Landesvorstandes für das Haushaltsjahr 2023

Abstimmung: ohne Gegenstimmen bei wenigen Enthaltungen **angenommen**

TOP 3 Wahlen

Präsidium: Helga Lange, André Zöhren (15:40 Uhr)

Alle Wahlen erfolgen im Televoting-Verfahren

TOP 3.1 Wahlen Landesvorstand
--

Das Präsidium schlägt folgendes Wahlverfahren vor:

*Zunächst werden die Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstandes (GLV) einzeln gewählt. Die Plätze werden in der Reihenfolge: Vorsitzende, Vorsitzende*r, Politische*r Geschäftsführer*in, Landesschatzmeister*in gewählt. Die Vorstellungszeit beträgt 7 Minuten, plus 2 Minuten Frage-/Antwortzeit. Dann werden weitere 4 Mitglieder des Landesvorstandes gewählt. Die Vorstellungszeit beträgt 5 Minuten plus 2 Minuten Frage-/Antwortzeit. Im Anschluss wird aus den Reihen des gewählten Landesvorstandes die frauenpolitische Sprecherin, der/die vielfaltspolitische Sprecher*in sowie der/die Delegierte und stellvertretende Delegierte des Landesvorstandes für den Bundesfinanzrat gewählt. Zunächst werden hier 2 Frauenplätze gewählt, anschließend 2 offene Plätze, jeweils in gebundener Einzelwahl in einem Abstimmungsverfahren. Fragen müssen während der Rede beim Präsidium eingereicht werden. Sind es mehr als 3, werden 3 gelöst.*

Gegen dieses Verfahren erhebt sich kein Widerspruch.

Zur **Wahl der Landesvorsitzenden** liegt eine Bewerbung vor:

- Yazgülü Zeybek (KV Wuppertal, W-LV-05)

Yazgülü stellt sich den Delegierten vor.

An der Fragerunde beteiligt sich

- Gwendolyn Waniek (KV Viersen)

Yazgülü beantwortet die ihr gestellte Frage.

Der **Erste Wahlgang** zur **Wahl der Landesvorsitzenden** wird eröffnet (15:47 Uhr). Der Wahlgang wird geschlossen (15:50 Uhr).

Das Präsidium gibt das **Abstimmungsergebnis** des **Ersten Wahlganges** zur **Wahl der Landesvorsitzenden** bekannt:

Abgegebene Stimmen	259	
Nein	31	11,97 %
Enthaltungen	18	6,95 %
Quorum	130	
Yazgülü Zeybek	210	81 %

Damit hat Yazgülü das notwendige Quorum erreicht und ist mit 81 % **gewählt**. Sie nimmt die Wahl an.

Zur **Wahl des Landesvorsitzenden** liegt eine Bewerbung vor:

- Tim Achtermeyer (KV Bonn, W-LV-03)

Tim stellt sich den Delegierten vor.

An der Fragerunde beteiligt sich

- Lukas Färber (KV Münster)

Tim beantwortet die ihm gestellte Frage.

Der **Erste Wahlgang** zur **Wahl des Landesvorsitzenden** wird eröffnet (16:00 Uhr). Der Wahlgang wird geschlossen (16:02 Uhr).

Das Präsidium gibt das **Abstimmungsergebnis** des **Ersten Wahlganges** zur **Wahl des Landesvorsitzenden** bekannt:

Abgegebene Stimmen	262	
Nein	18	6,87 %
Enthaltungen	12	4,58 %
Quorum:	132	
Tim Achtermeyer	231	88,55 %

Damit hat Tim das notwendige Quorum erreicht und ist mit 88,55 % der Stimmen **gewählt**. Er nimmt die Wahl an.

Zur Wahl der **Landesgeschäftsführung** liegt eine Bewerbung vor

- Raoul Roßbach (KV Herne, W-LV-07)

Raoul stellt sich den Delegierten mit seiner Bewerbungsrede vor. Es gibt keine Fragen an ihn.

Der **Erste Wahlgang** zur **Wahl der politischen Geschäftsführung** wird eröffnet (16:12 Uhr). Der Wahlgang wird geschlossen (16:14 Uhr).

Das Präsidium gibt das **Abstimmungsergebnis** des **Ersten Wahlganges** zur **Wahl der politischen Geschäftsführung** bekannt:

Abgegebene Stimmen	259	
Nein	15	5,79 %
Enthaltungen	8	3,09 %
Quorum:	130	
Raoul Roßbach	236	91,17 %

Damit hat das Raoul das notwendige Quorum erreicht und ist mit 91,17 % der Stimmen **gewählt**. Raoul nimmt die Wahl an.

Präsidium: Anna Solar, Pegah Edalatian (16:20 Uhr)

Zur **Wahl des Schatzmeister*innenamtes** liegt eine Bewerbung vor

- Anja von Marenholtz (KV Rhein-Erft, W-LV-04)

Anja stellt sich den Delegierten vor. Es liegen keine Fragen an sie vor.

Der **Erste Wahlgang** zur **Wahl des Landesschatzmeister*innenamts** wird eröffnet (16:22 Uhr). Der Wahlgang wird geschlossen (16:24 Uhr).

Das Präsidium gibt das **Abstimmungsergebnis** des **Ersten Wahlganges** zur **Wahl des Landesschatzmeister*innenamts** bekannt:

Abgegebene Stimmen	261	
Nein	24	9,20 %
Enthaltungen	21	8,05 %
Quorum:	131	
Anja von Marenholtz	216	82,76 %

Damit hat Anja das notwendige Quorum erreicht und ist mit 82,76 % der Stimmen **gewählt**. Sie nimmt die Wahl an.

Wahl der weiteren Mitglieder des Landesvorstands

Zum Verfahren: Laut dem beschlossenen Wahlverfahren werden nun zunächst die **Frauenplätze** der weiteren Mitglieder des Landesvorstands in verbundener Einzelwahl in einem Abstimmverfahren gewählt. Hierzu liegen folgende Bewerbungen vor:

- Alexandra Schoo (KV Steinfurt, W-LV-02)
- Laura Steeger (KV Mönchengladbach, W-LV-08)

Das Präsidium fragt nach weiteren Kandidaturen. Dies ist nicht der Fall. Die Kandidat*innen stellen sich in alphabetischer Reihenfolge den Delegierten vor. An Alexandra liegt eine Frage von Christina Martsch (KV Borken) vor, die von der Kandidatin beantwortet wird.

Der **Erste Wahlgang** zur **Wahl der Frauenplätze der weiteren Mitglieder im Landesvorstand** wird eröffnet (16:38 Uhr). Der Wahlgang wird geschlossen (16:40 Uhr).

Das Präsidium gibt das **Abstimmungsergebnis** des **Ersten Wahlganges** zur **Wahl der Frauenplätze der weiteren Mitglieder im Landesvorstand** bekannt:

Abstimmende Delegierte	263	
Nein	5	1,90 %
Enthaltungen	2	0,76 %
Quorum:	132	
Laura Steeger	227	86,31%
Alexandra Schoo	239	90,87 %

Damit ist Laura mit 86,31% und Alexandra mit 90,87% im ersten Wahlgang **gewählt**. Beide nehmen die Wahl an.

Abschließend werden nun die **offenen Plätze** der weiteren Mitglieder des Landesvorstands in verbundener Einzelwahl in einem Abstimmverfahren gewählt. Hierzu liegen folgende Bewerbungen vor.

- Florian Pankowski (KV Bochum, W-LV-01)
- Firat Yakşan (KV Köln, W-LV-06)

Das Präsidium fragt nach weiteren Kandidaturen. Dies ist nicht der Fall. Die Kandidat*innen stellen sich in alphabetischer Reihenfolge den Delegierten vor. Es werden keine Fragen an die Kandidaten gerichtet.

Der **Erste Wahlgang** zur **Wahl der offenen Plätze der weiteren Mitglieder im Landesvorstand** wird eröffnet (16:53 Uhr). Der Wahlgang wird geschlossen (16:55 Uhr).

Das Präsidium gibt das **Abstimmungsergebnis** des **Ersten Wahlganges** zur **Wahl der offenen Plätze der weiteren Mitglieder im Landesvorstand** bekannt:

Abstimmende Delegierte	253	
Nein	10	3,95 %
Enthaltungen	7	2,77 %
Quorum:	127	
Florian Pankowski	181	71,54 %
Firat Yakşan	195	77,08 %

Damit haben Florian und Firat die nötige Mehrheit im ersten Wahlgang erreicht und sind mit 71,54 % bzw. 77,08 % **gewählt**. Beide nehmen die Wahl an.

TOP Gastrede

Präsidium: Anna Solar, Pegah Edalatian (16:57 Uhr)

Es folgt die Gastrede des Generalsekretärs der NRW-CDU, Paul Ziemiak.

Der Generalsekretär der CDU wird vom Politischen Landesgeschäftsführer Raoul Roßbach (KV Herne) in Empfang genommen und begrüßt. Nach seiner Gastrede überreichen ihm Tim Achtermeyer (KV Bonn) und Yazgülü Zeybek (KV Wuppertal) als Geschenk einen Apfelbaum.

TOP 3.2 Wahl der frauenpolitischen Sprecherin
--

Präsidium: Anna Solar, Pegah Edalatian (17:10 Uhr)

Zum Verfahren: Im Anschluss wird aus den Reihen des gewählten Landesvorstandes die frauenpolitische Sprecherin, der/die vielfaltspolitische Sprecher*in sowie der/die Delegierte und stellvertretende Delegierte des Landesvorstands für den Bundesfinanzrat gewählt. Zunächst werden hier 2 Frauenplätze gewählt, anschließend 2 offene Plätze, jeweils in gebundener Einzelwahl in einem Abstimmungsverfahren.

Zur Wahl der frauenpolitischen Sprecherin des Landesvorstands bewirbt sich Laura Steeger. Es liegen keine Fragen an Laura vor.

Der **Wahlgang** zur **Wahl der frauenpolitischen Sprecherin im Landesvorstand** wird eröffnet (17:16 Uhr). Der Wahlgang wird geschlossen (17:18 Uhr).

Das Präsidium gibt das **Abstimmungsergebnis** zur **Wahl der frauenpolitischen Sprecherin im Landesvorstand** bekannt:

Abgegebene Stimmen	224	
Nein	5	2,23 %
Enthaltungen	0	0,00 %

Quorum:	113	
Laura Steeger	219	97,77 %

Damit ist Laura mit 97,77 % zur frauenpolitischen Sprecherin **gewählt**. Sie nimmt die Wahl an.

TOP 3.3 Wahl des vielfaltspolitischen Sprechers
--

Zur Wahl des vielfaltspolitischen Sprechers des Landesvorstands bewirbt sich Firat Yakşan (KV Köln). Firat stellt sich der Versammlung vor. Es gibt keine Fragen an ihn.

Der **Wahlgang** zur **Wahl des vielfaltspolitischen Sprechers im Landesvorstand** wird eröffnet (17:19 Uhr). Der Wahlgang wird geschlossen (17:21 Uhr).

Das Präsidium gibt das **Abstimmungsergebnis** zur **Wahl des vielfaltspolitischen Sprechers im Landesvorstand** bekannt:

Abgegebene Stimmen	224	
Nein	14	6,25 %
Enthaltungen	10	4,46 %
Quorum:	113	
Firat Yakşan	200	89,29 %

Damit ist Firat mit 89,29 % zum vielfaltspolitischen Sprecher **gewählt**. Er nimmt die Wahl an.

TOP 3.4 Wahl der Delegierten im Bundesfinanzrat und Stellvertretung
--

Es folgt die Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten des Landesvorstands im Bundesfinanzrat. Es bewerben sich

- Anja von Marenholtz (KV Rhein-Erft) (als Delegierte)
- Raoul Roßbach (KV Herne) (als Ersatzdelegierter)

Raoul und Anja stellen sich den Delegierten vor. Es gibt keine Fragen.

Der Erste **Wahlgang** zur **Wahl der Delegierten zum Bundesfinanzrat** wird eröffnet (17:23 Uhr). Der Wahlgang wird geschlossen (17:25 Uhr).

Das Präsidium gibt das **Abstimmungsergebnis** der **Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Bundesfinanzrat** bekannt:

Abstimmende Delegierte	225	
Nein	11	4,89 %
Enthaltungen	14	6,22 %

Quorum	113	
Anja von Marenholtz	200	88,89 %

Damit ist Anja **gewählt**. Sie nimmt die Wahl gerne an.

Der Erste **Wahlgang** zur **Wahl des Ersatzdelegierten zum Bundesfinanzrat** wird eröffnet (17:26 Uhr). Der Wahlgang wird geschlossen (17:28 Uhr)

Das Präsidium gibt das **Abstimmungsergebnis** der **Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Bundesfinanzrat** bekannt:

Abstimmende Delegierte	205	
Nein	6	2,93 %
Enthaltungen	2	0,98 %
Quorum	103	
Raoul Roßbach	197	96,10 %

Damit ist Raoul **gewählt**. Auch er nimmt die Wahl gerne an.

TOP 7 Brücken, Straßen, Schienen: Eine Infrastruktur, die hält, was sie verspricht.
--

Präsidium: Anne Birkelbach, Stefan Engstfeld (17:30 Uhr)

Zum Verfahren: Yazgülü Zeybek (KV Wuppertal) bringt den Leitantrag L-1 zu TOP 7 ein. Es folgen insgesamt 12 geloste, quotierte Beiträge à 3 Minuten und 5 gesetzte Beiträge à 5 Minuten. Anschließend trägt die Antragskommission ihren Verfahrensvorschlag zum Umgang mit den Änderungsanträgen vor. Es folgen die Abstimmung dieses Verfahrensvorschlags sowie eventuelle Abstimmungen einzelner noch strittiger Änderungsanträge und danach die Schlussabstimmung des so geänderten Leitantrages. Gegen dieses Verfahren erhebt sich kein Widerspruch.

Es folgt die Einbringung des **Leitantrages L-1** durch die Parteivorsitzende

- Yazgülü Zeybek (KV Wuppertal)

An der folgenden Aussprache beteiligen sich

- Ina Besche-Krastl (KV Mettmann)
- Melih Keser (KV Duisburg)
- Oliver Krischer (KV Aachen) *gesetzt*
- Martina Müller (KV Hochsauerland)
- Thomas Reimann (KV Soest)
- Nyke Slawik (KV Leverkusen) *gesetzt*
- Lukas Benner (KV Aachen)
- Vivianne Schwedersky (KV Münster, Grüne Jugend NRW) *gesetzt*
- Martin Metz (KV Rhein-Sieg) *gesetzt*
- Karen Haltaufderheide-Uebelgünn (KV Ennepe-Ruhr)
- Stefan Clauberg (KV Solingen)

- Ursula Stark Urrestarazu (KV Bonn)
- Patrick Voss (KV Dortmund)

Es folgt die Einbringung des Verfahrensvorschlages der Antragskommission durch Robin Korte (KV Münster):

Antrag	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L1	Landesvorstand NRW		
L1-001	LAG Mobilität+Verkehr	Von Zeile 1 bis 2: Brücken, Straßen, Schienen: Eine Infrastruktur, die hält, was sie verspricht. <u>Schienen, Brücken, Straßen: Eine Infrastruktur, die hält, was sie verspricht.</u>	Modifizierte Übernahme Von Zeile 1 bis 2: Brücken, Straßen, Schienen: Eine Infrastruktur, die hält, was sie verspricht. <u>Brücken, Schienen, Straßen: Eine Infrastruktur, die hält, was sie verspricht.</u>
L1-002	LAG Mobilität+Verkehr	Von Zeile 1 bis 2 einfügen: Brücken, Straßen, Schienen: Eine Infrastruktur, die hält, was sie verspricht. [Änderung der Kapitelreihenfolge]	Erledigt durch: L1-001
L1-021	LAG Mobilität+Verkehr	Von Zeile 21 bis 24: <u>Wir stärken die Schiene, den ÖPNV und den Radverkehr, damit alle Menschen in NRW zuverlässig und sicher</u> Wir stärken die Schiene, den ÖPNV und den Radverkehr, damit alle Menschen in NRW zuverlässig und sicher zur Arbeit oder in die Schule kommen alle Wege im Alltag bewältigen können - in Städten und auf dem Land. Besonders im ländlichen Raum braucht es mehr Angebote. Wir behalten	Modifizierte Übernahme Von Zeile 21 bis 25: <u>Wir stärken die Schiene, den ÖPNV und den Radverkehr, damit alle Menschen in NRW ihren Alltag bewältigen, zur Arbeit oder in die Schule kommen können - in Städten und auf dem Land.</u> Wir stärken die Schiene, den ÖPNV und den Radverkehr, damit alle Menschen in NRW zuverlässig und sicher zur Arbeit oder in die Schule kommen - in Städten und auf dem Land. Besonders im ländlichen Raum braucht es mehr Angebote. Wir behalten die unterschiedlichen Lebensrealitäten im Blick, sehen sie als Chance und binden
L1-068	LAG Mobilität+Verkehr	Nach Zeile 68 einfügen: <u>Eine erfolgreiche Umsetzung der Sanierung unserer Brückeninfrastruktur in NRW gelingt nur in einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Bund, Land, Kommunen sowie im engen Austausch mit den betroffenen Akteur*innen aus Wirtschaft und Gesellschaft sowie den Menschen vor Ort.</u>	Übernahme
L1-094	LAG Mobilität+Verkehr	Von Zeile 94 bis 99: <u>Für die Sanierung und den Ausbau der Schiene steht durch die Beschlüsse der Ampelkoalition so viel Geld wie noch nie zur Verfügung – und reicht dennoch nicht aus, um das Schienennetz im erforderlichen Umfang auszubauen und zu modernisieren. Der Deutschlandtakt ist gefährdet.</u> Für die Sanierung und den Ausbau der Schiene steht durch die Beschlüsse der Ampelkoalition so viel Geld wie noch nie zur	Modifizierte Übernahme Von Zeile 94 bis 100: <u>Für die Sanierung und den Ausbau der Schiene steht durch die Beschlüsse der Ampelkoalition so viel Geld wie noch nie zur Verfügung – und reicht dennoch nicht aus, um das Schienennetz im erforderlichen Umfang auszubauen und zu modernisieren. Der Deutschlandtakt ist gefährdet.</u>

		<p><u>Verfügung – und reicht dennoch nicht aus, um das Schienennetz im erforderlichen Umfang auszubauen und zu modernisieren. Der Deutschlandtakt ist gefährdet. Auch die Kapazitäten des NRW-Bahnnetzes reichen nicht mehr aus. Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Ausbauziele für den Nahverkehr stellen die Grundlage für Schienenausbauvorhaben in NRW dar, zu denen wir stehen. Dafür werden ebenfalls entsprechende Finanzmittel benötigt. Um künftigen Generationen eine intakte und funktionierende Infrastruktur zu überlassen, braucht die</u></p>	<p><u>Für die Sanierung und den Ausbau der Schiene steht durch die Beschlüsse der Ampelkoalition so viel Geld wie noch nie zur Verfügung – und reicht dennoch nicht aus, um das Schienennetz im erforderlichen Umfang auszubauen und zu modernisieren. Der Deutschlandtakt ist gefährdet. Um künftigen Generationen eine intakte und funktionierende Infrastruktur zu überlassen. Auch die Kapazitäten des NRW-Bahnnetzes reichen nicht mehr aus. Um künftigen Generationen eine intakte und funktionierende Infrastruktur zu überlassen sowie die im Koalitionsvertrag für NRW vereinbarten Ausbauziele für den Nahverkehr zu erreichen, braucht die Schieneninfrastruktur weitere Mittel und neue Wege der Finanzierung. Deshalb</u></p>
L1-112	LAG Mobilität+Verkehr	<p>Nach Zeile 112 einfügen: <u>Besonders bei Fahrplanabweichungen sind zuverlässige Echtzeitinformationen an Bahnhöfen und digital in den Apps von hoher Bedeutung. Wir machen uns daher für ein Sofortprogramm Fahrgastinformationen stark, mit dem wir die Informationen an Bahnhöfen modernisieren und die digitalen Echtzeitinformationen zuverlässiger machen wollen. Uns ist klar: wenn der Betrieb nicht stabil läuft, ist es für die Fahrgäste umso wichtiger zu wissen, wann und wo ihr Zug wirklich kommt.</u></p>	<p>Modifizierte Übernahme In Zeile 120 einfügen: <u>Besonders bei Fahrplanabweichungen während der Sanierungsarbeiten sind zuverlässige Echtzeitinformationen an den Stationen und digital in den Apps von hoher Bedeutung. Wir begrüßen, dass die Fahrgastinformation an den Bahnhöfen bereits sukzessive modernisiert wird, und machen zuverlässige und transparente Echtzeitinformationen zur Priorität. Uns ist klar: wenn der Betrieb nicht stabil läuft, ist es für die Fahrgäste umso wichtiger zu wissen, wann und wo ihr Zug wirklich kommt.</u></p>
L1-119	LAG Mobilität+Verkehr	<p>Nach Zeile 119 einfügen: <u>Der Vorteil von ausgebauten SPNV-Kapazitäten kann nur dann ausgeschöpft werden, wenn ausreichend Fahrpersonal vorhanden ist. Bereits heute haben wir mit Fahrer*innenmangel zu kämpfen. Um dem entgegenzuwirken, muss neben der bereits heute stattfindenden Beschäftigungsoffensive auf Seiten der Infrastruktur die Voraussetzung für einen höheren Automatisierungsgrad geschaffen werden.</u></p>	<p>Modifizierte Übernahme Nach Zeile 119 einfügen: <u>Um dem Fachkräftemangel im SPNV entgegenzuwirken, sollte in der Infrastruktur die Voraussetzung für einen höheren Automatisierungsgrad geschaffen werden.</u></p> <p>Von Zeile 200 bis 202 einfügen: <u>Deutschlandtickets und der für den Ausbau und Erhalt der Infrastruktur notwendigen Investitionen. Der Vorteil von ausgebauten SPNV-Kapazitäten kann nur dann ausgeschöpft werden, wenn ausreichend Fahrpersonal vorhanden ist. Bereits heute haben wir mit Fahrer*innenmangel zu</u></p>

			<u>kämpfen</u> . Wir kommen wieder zuverlässiger an, wenn wir den Fach- und Arbeitskräftemangel bekämpfen und für gute Arbeitsbedingungen sorgen,
--	--	--	---

Das Präsidium fragt die Versammlung, ob es Widerspruch gegen diesen Vorschlag gibt. Dies ist nicht der Fall.

Schlussabstimmung: einstimmig **angenommen**

Zum Abschluss dieses Tagesordnungspunktes wird ein Einspieler zum Motto dieses Parteitags, ‚*Ein Land, das funktioniert*‘, gezeigt.

TOP 3.5 Wahl der Rechnungsprüfer*innen

Präsidium: Anne Birkelbach, Stefan Engstfeld (18:30 Uhr)

*Zum Verfahren: Die Wahlordnung sieht vor, dass die LDK die Anzahl der Rechnungsprüfer*innen von der LDK festgelegt wird. In den vergangenen Jahren waren dies vier, das Präsidium schlägt für diese Wahl ebenfalls wieder vier vor und fragt, ob es dagegen Einwände gebe. Dies ist nicht der Fall.*

Zur **Wahl der Frauenplätze der Rechnungsprüfung** liegen folgende Bewerbungen vor

- Eva Miriam Fuchs (KV Wuppertal, LR-03)
- Lara Reiß (KV Coesfeld, LR-02)

Die Kandidat*innen stellen sich den Delegierten vor. Es liegen keine Fragen an sie vor.

Der **Erste Wahlgang** zur **Wahl der Frauenplätze der Rechnungsprüfung** wird eröffnet (18:40 Uhr). Der Wahlgang wird geschlossen (18:42 Uhr)

Das Präsidium gibt das **Abstimmungsergebnis** des **Ersten Wahlganges** zur **Wahl der Frauenplätze Rechnungsprüfung** bekannt:

Abstimmende Delegierte	222	
Nein	0	0,00 %
Enthaltungen	0	0,00 %
Quorum:	112	
Eva Miriam Fuchs	214	96,40 %
Lara Reiß	198	89,19 %

Damit haben Lara und Eva Miriam das notwendige Quorum erreicht und sind **gewählt**. Sie nehmen die Wahl an.

Zur Wahl der **Offenen Plätze** zur **Rechnungsprüfung** kandidieren

- Martin Hase (KV Essen, RP-01)
- Samuel Nwankwo (KV Unna, RP-04)
- Beate Mielsch (KV Rhein-Erft, RP-05)

Die Kandidat*innen stellen sich den Delegierten vor. Es gibt keine Fragen

Der **Erste Wahlgang** zur **Wahl der Rechnungsprüfung** wird eröffnet (18:51 Uhr). Der Wahlgang wird geschlossen (18:53 Uhr).

Das Präsidium gibt das **Abstimmungsergebnis** des **Ersten Wahlganges** zur **Wahl der offenen Plätze Rechnungsprüfung** bekannt:

Abstimmende Delegierte	245	
Nein	1	0,41 %
Enthaltungen	4	1,63 %
Quorum	123	
Martin Hase	173	70,61 %
Beate Mielsch	132	53,88 %
Samuel Nwankwo	149	60,82 %

Damit haben alle Kandidat*innen das notwendige Quorum erreicht. Aufgrund der höheren Stimmenzahl sind Martin und Samuel **gewählt**. Sie nehmen die Wahl an.

TOP 9
Verschiedenes / Dringlichkeitsanträge

Präsidium: Bondina Schulze, David Sasserath (18:56 Uhr)

Zu Verfahren: Da die beiden Anträge V-12 und V-17 in weiten Passagen inhaltsgleich sind, haben die Antragsteller*innen, der Landesvorstand und die Antragskommission einen modifizierten Antrag V-12/V-17 erarbeitet, der beide Anträge miteinander kombiniert. Um diesem neu erarbeiteten Leitantrag entsprechend diskutieren zu können, wird er zunächst von Felix Banaszak (KV Duisburg) eingebracht. Es folgen zwei geloste Redebeiträge und ein gesetzter Redebeitrag von Maximilian Fries (KV Düsseldorf) der federführend für Antrag V-12 war. Anschließend wird der Verfahrensvorschlag der Antragskommission zum Umgang mit den Änderungsanträgen vorgestellt. Danach erfolgt die Einbringung des Änderungsantrags V-17-34, eine Gegenrede zu diesem Antrag sowie eine Gegenrede zu dem Leitantrag V-12/V-17 und der abschließenden Schlussabstimmung.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Einbringung Antrag V-17: Felix Banaszak (KV Duisburg)

Es folgen die gelosten Beiträge von

- Sandra Stein (KV Hochsauerlandkreis)
- Cyrill Ibn Salem (KV Köln)

Gesetzter Redebeitrag von

- Maximilian Fries (KV Düsseldorf) für Antragsteller*innen V-12

Felix Lütke (KV Duisburg) bringt den Verfahrensvorschlag der Antragskommission ein:

Antrag	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V17	Landesvorstand NRW		
V17-001	Jürgen Blümer (KV Warendorf)	Von Zeile 1 bis 2: Ein Aufschwung für Wirtschaft, Staat und Gerechtigkeit Ein Aufbruch für Gerechtigkeit, Gesellschaft und Wirtschaft	Modifizierte Übernahme Von Zeile 1 bis 2: Ein Aufschwung für Wirtschaft, Staat und Gerechtigkeit <u>Ein Aufschwung für Gerechtigkeit, Wirtschaft und Gesellschaft</u>
V17-003	Maximilian Fries (KV Düsseldorf)	Von Zeile 3 bis 4: Jahrzehntelang Wir befinden uns in einer Zeit, <u>in der sich verschiedenartige Krisensituationen überlagern und miteinander verbinden, sodass sich insgesamt eine noch herausfordernde Krisensituation ergibt – eine Polykrise. Wir stehen vor den Herausforderungen der menschengemachten Klimakrise. Wir stehen vor den Herausforderungen der Biodiversitätskrise. Wir stehen vor den Herausforderungen der Kriege in der Ukraine, im Nahen Osten und in anderen Regionen. Wir stehen vor den Herausforderungen des demografischen Wandels. Wir stehen vor den Herausforderungen einer maroden und veralteten Infrastruktur. Wir stehen vor den Herausforderungen von sozialer Ungleichheit – insbesondere von Vermögensungleichheit. Und wir stehen vor den Herausforderungen eines demokratiefeindlichen Rechtsrucks.</u> <u>Darüber hinaus hat sich Deutschland jahrzehntelang in immer stärkere Abhängigkeit von fossilen Energieimporten begeben. Nicht zuletzt die Abhängigkeit von günstigem Gas aus ...</u>	Modifizierte Übernahme Von Zeile 11 bis 13: und die Verunsicherung ist gewachsen, im Ergebnis zeigt sich eine Stagnation der Wirtschaft. <u>Mit dem Krieg in der Ukraine stehen wir vor einer weiteren Herausforderung die wir bewältigen müssen. Klima- und Biodiversitätskrise, der demografische Wandel oder der Zustand unserer Infrastruktur, die wachsende soziale Ungleichheit und der Rechtsruck, die Herausforderungen sind vielfältig wie nie.</u>
V17-013	Maximilian Fries (KV Düsseldorf)	Von Zeile 13 bis 14 löschen: Das hat Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte. Ob im Bund, in den Ländern oder in den Kommunen: Die Kassen sind angespannt, gleichzeitig ist der ...	Modifizierte Übernahme Von Zeile 13 bis 14: Das hat Auswirkungen auf <u>verschärft die Situation der öffentlichen Haushalte. Ob im Bund, in den Ländern oder in den Kommunen: Die Kassen sind angespannt, gleichzeitig ist der ...</u>

V17-015	Irmgard Pehle (KV Herford)	<p>Von Zeile 15 bis 20: <u>Auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene gehen wir GRÜNE konstruktiv und verantwortungsvoll damit um und handeln entsprechend. Beim Lösen von Investitionsbremsen durch Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, dem Abbau bürokratischer Lasten achten wir auf die ausreichende Berücksichtigung von Umwelt- und Naturschutzbelangen sowie darauf, dass die Beteiligung von Bürger:innen nicht eingeschränkt wird, um Transparenz und Akzeptanz zu gewährleisten.</u> Auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene gehen wir GRÜNE konstruktiv und verantwortungsvoll damit um und handeln entsprechend. Neben dem Lösen von Investitionsbremsen durch Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, dem Abbau bürokratischer Lasten und dem <u>Beim beschleunigten Aufbau einer klimaneutralen, günstigen und widerstandsfähigen Energieversorgung ...</u></p>	<p>Modifizierte Übernahme Von Zeile 16 bis 24: Auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene gehen wir GRÜNE konstruktiv und verantwortungsvoll damit um und handeln entsprechend. Neben dem Lösen von Investitionsbremsen durch Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, dem Abbau bürokratischer Lasten und dem beschleunigten Aufbau einer klimaneutralen, günstigen und widerstandsfähigen Energieversorgung priorisieren wir Aufgaben und Projekte sorgfältig. Konkret heißt das zum Beispiel: Nicht jedes Förderprogramm, das irgendwann einmal gestartet wurde, kann weiterlaufen. Nicht jedes wünschenswerte Projekt kann wie geplant umgesetzt werden. <u>Beim Lösen von Investitionsbremsen durch Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, dem Abbau bürokratischer Lasten achten wir auf die ausreichende Berücksichtigung von Umwelt- und Naturschutzbelangen und Arbeitnehmer*inneninteressen sowie darauf, dass die Beteiligung von Bürger:innen nicht gravierend eingeschränkt wird, um Transparenz und Akzeptanz zu gewährleisten.</u> <u>Beim beschleunigten Aufbau einer klimaneutralen, günstigen und widerstandsfähigen Energieversorgung priorisieren wir Aufgaben und Projekte sorgfältig.</u> Konkret heißt das zum Beispiel: <u>Nicht jedes Förderprogramm, das irgendwann einmal gestartet wurde, kann weiterlaufen. Nicht jedes wünschenswerte Projekt kann wie geplant umgesetzt werden.</u></p>
V17-015-2	Gregor Kaiser (KV Olpe)	<p>Von Zeile 14 bis 15: oder in den Kommunen: Die Kassen sind angespannt, gleichzeitig ist der Investitionsbedarf hoch wie nie.</p> <p><u>Die aktuelle Haushaltskrise wird – neben der schwachen Konjunktur - durch eine Reihe von Faktoren beeinflusst:</u> - <u>erstmalig gilt die 2009 beschlossene Schuldenbremse uneingeschränkt</u> - <u>es hat in den vergangenen Jahren kein nennenswerter Subventionsabbau stattgefunden</u> - <u>eine unzureichende Schließung von</u></p>	<p>Erledigt durch: V17-082-2</p>

		<u>Steuerschulpflöchern</u> <u>- Absage an jegliche Steuererhöhungen durch den Bund</u> <u>- Ankündigung weiterer Steuersenkungen durch den Bund und nachfolgend Steuerausfälle auch für die Länder und Kommunen</u> <u>- durch die inflationsbedingt hohen Lohnabschlüsse steigen die Personalausgaben erheblich</u> <u>- die demografische Entwicklung sorgt für einen dauerhaften Fachkräftemangel und schränkt die Entwicklungsmöglichkeiten zahlreicher Unternehmen ein.</u>	
V17-016	GewerkschaftsGrün NRW	<p>Von Zeile 16 bis 24: Auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene gehen wir GRÜNE konstruktiv und verantwortungsvoll damit um und handeln entsprechend. Neben dem Lösen von Investitionsbremsen durch Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, dem Abbau bürokratischer Lasten und dem beschleunigten Aufbau einer klimaneutralen, günstigen und widerstandsfähigen Energieversorgung priorisieren wir Aufgaben und Projekte sorgfältig. Konkret heißt das zum Beispiel: Nicht jedes Förderprogramm, das irgendwann einmal gestartet wurde, kann weiterlaufen. Nicht jedes wünschenswerte Projekt kann wie geplant umgesetzt werden. <u>Zum einen Lösen wir Investitionsbremsen durch Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, dem Abbau bürokratischer Lasten und dem beschleunigten Aufbau einer klimaneutralen, günstigen und widerstandsfähigen Energieversorgung.</u> <u>Aber dies darf jedoch nicht zu Lasten von Umweltschutz, Arbeitnehmerrechten, Gesundheitsschutz und Verbraucherschutz umgesetzt werden. Dazu benötigen wir auf allen Ebenen eine digitalisierte, leistungsfähige und zukunftsfähige Verwaltung. Deshalb stellen wir uns Kürzungen im Personalbestand und bei den Ausbildungsplätzen entschieden entgegen.</u></p> <p>Von Zeile 85 bis 86 einfügen: Haushalten, insbesondere den Kommunen, wieder mehr Möglichkeiten geben, die notwendige klimaneutrale und digitale Modernisierung aktiv <u>und sozialverträglich</u> zu unterstützen.</p>	Erledigt durch: V17-015
V17-024	Gregor Kaiser (KV Olpe)	<p>Von Zeile 23 bis 24 einfügen: ... kann weiterlaufen. Nicht jedes wünschenswerte Projekt kann wie geplant umgesetzt werden.</p>	Modifizierte Übernahme Zeile 23 bis 24 einfügen: ... kann weiterlaufen. Nicht jedes wünschenswerte Projekt kann wie geplant umgesetzt werden.

		<p><u>... Bundesregierung verweigert sich aufgrund der Haltung insbesondere der FDP derzeit wichtigen haushalts- und finanzpolitischen Reformen: Weder soll die Schuldenbremse reformiert werden, um Zukunftsinvestitionen zu erleichtern, noch Steuererhöhungen vorgenommen oder Subventionen abgebaut oder Steuerschlupflöcher in nennenswertem Umfang geschlossen werden. Im Bundeshaushalt müssen nach 17 Mrd. € in 2024 im Haushalt 2025 weitere 25 Mrd. Euro eingespart werden.</u></p> <p><u>In NRW sieht es noch schlimmer aus. In den zurückliegenden, vergleichsweise guten Jahren von 2017 bis 2022 hat es NRW versäumt, strukturelle Haushaltsprobleme zu reduzieren, um auch in schlechteren Jahren die Schuldenbremse einhalten zu können. Im Landeshaushalt muss jetzt in bisher nicht gekanntem Umfang eingespart werden mit unabsehbaren Folgen insbesondere für die Kultur, die soziale Infrastruktur, die Arbeits-, Umwelt-, Sozial- und Bildungspolitik bedeuten wird.</u></p> <p><u>Die Kommunen müssen derzeit vieles auffangen, was von Bund und Land nicht erledigt wird. Viele von ihnen leiden noch unter den wirtschaftlichen Folgen der Politik der 1990er Jahre und haben immense Altschulden</u></p>	<p><u>Grund dafür ist auch das vergangene Bundes- und Landesregierungen nicht ausreichend für die Zukunft vorgesorgt haben. Es kommt auf uns Grüne an, jetzt die angehäuften Probleme der Vergangenheit zu lösen. Wir zerschlagen zum Beispiel mit unserem Vorschlag für eine Altschuldenregelung einen jahrzehntelangen gordischen Knoten, der die Handlungsspielräume vieler Kommunen massiv eingeschränkt hat. Jetzt ist auch die Bundesregierung gefordert ihren Anteil zu leisten. Die Grüne Bundestagsfraktion hat dazu bereits ihre Bereitschaft erklärt, SPD und FDP müssen jetzt folgen.</u></p>
V17-024-2	Maximilian Fries (KV Düsseldorf)	<p>Von Zeile 24 bis 33: <u>Klar ist aber auch: Der Investitionsbedarf der Republik in die klimaneutrale Transformation wird auf rund fünf Billionen Euro geschätzt, was jährlichen Zusatzinvestitionen von etwa 100 Milliarden Euro entspricht.</u> <u>Klar ist aber auch: Der Investitionsbedarf der Republik in die klimaneutrale Transformation wird auf rund fünf Billionen Euro geschätzt, was jährlichen Zusatzinvestitionen von etwa 100 Milliarden Euro entspricht. Die USA zeigen, dass dadurch ein enormer Aufschwung möglich ist, von dem die Breite der Gesellschaft profitiert. Wir sollten diese Chance weder liegen lassen noch den Anschluss daran verlieren. Wir müssen investieren, staatlich und privat. Allein mit Einsparungen in den laufenden Haushalten sind diese Summen nicht zu realisieren. Hinzu kommen noch weitere Bedarfe für die Ausweitung von Naturschutzgebieten.</u></p> <p><u>Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass der Klima- und Artenschutz zum Teil beschränkende Maßnahmen erfordert, wie beispielsweise das Verbot von Neuzulassungen für Verbrenner und die</u></p>	<p>Modifizierte Übernahme Von Zeile 26 bis 28 einfügen: ... Transformation wird auf rund fünf Billionen Euro geschätzt, was jährlichen Zusatzinvestitionen von etwa 100 Milliarden Euro entspricht. Die USA zeigen, <u>mit dem Inflation Reduction Act</u> dass dadurch ein enormer Aufschwung möglich ist, von dem die Breite der ...</p> <p>Von Zeile 31 bis 33: mit Einsparungen in den laufenden Haushalten sind diese Summen nicht zu realisieren. Gerade vor dem Hintergrund der <u>in den letzten Jahren kaum gestiegenen Reallöhne der breiten Mehrheit mit unteren und mittleren Einkommen, ist uns klar: Ohne eine starke soziale Flankierung werden wir keine Akzeptanz für die notwendigen Maßnahmen bei Klima- Davon unabhängig kann ein und Naturschutz erreichen. Im Gegenteil, eine radikale Sparpolitik schädigt das Vertrauen in die Demokratie und befördert den Rechtsruck. Mit</u></p>

		<p><u>Bepreisung von CO2 Ausstoß. Daher können sie dauerhaft nur mit zumindest breiter Zustimmung der Bevölkerung eingeführt und aufrechterhalten werden. Eine Mehrheit der Bevölkerung wünscht sich zwar mehr Klima- und Artenschutz stimmt aber sodann keinen Maßnahmen zu, die sie persönlich belasten. Dies ist vor dem Hintergrund, dass die arbeitende Bevölkerung in den letzten zwanzig Jahren kaum Reallohn Gewinne verzeichnet hat, für weite Teile der Bevölkerung auch zutiefst verständlich. Vor diesem Hintergrund ist für uns klar: Wir werden Klimaneutralität und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen nur erreichen, wenn der Übergang gerecht gestaltet ist. Im Zentrum dieser Überlegung steht deshalb unsere Forderungen nach der Einführung eines entlastenden Klimageldes noch in dieser Legislaturperiode.</u></p> <p><u>Außerdem haben wir einen enormen Investitionsbedarf in Infrastruktur: Ob Brücken, Schulen oder Glasfasernetz. Deutschland hat sich kaputt gespart. Infrastruktur ist die Grundlage für Wohlstand und für die Demokratie. Eine Studie des Kiel Instituts für Weltwirtschaft zeigt, dass der Stimmanteil rechtspopulistischer Parteien durch regionale Investitionen wirksam gesenkt werden kann und das Vertrauen in demokratische Institutionen erhöht wird. Andere Studien zeigen auf, dass eine Sparpolitik zu einem Vertrauensverlust in Demokratie führt, welche rechte Parteien für sich ausnutzen.</u></p> <p><u>Die USA zeigen, dass dadurch ein enormer Aufschwung möglich ist, von dem die Breite der Gesellschaft profitiert. Wir sollten diese Chance weder liegen lassen noch den Anschluss daran verlieren. Wir müssen investieren; staatlich und privat. Gerade jetzt sind Einsparungen im Vollzug des laufenden Haushalts sowie in den anstehenden Haushaltsverhandlungen nicht der richtige Weg, um Investitionen zu finanzieren. Selbstverständlich drängen wir jedoch weiterhin auf den Abbau aller klima- und umweltschädlichen Subventionen.</u></p>	<p><u>Investitionen in die Daseinsvorsorge halten Demokrat*innen dagegen. Für uns ist daher klar: Ein sozialpolitischer Kahlschlag aus grüner Sicht kann nicht die Antwort auf die Zeitenwende sein.</u></p>
V17-027	Maximilian Fries (KV Düsseldorf)	<p>Von Zeile 26 bis 28: ... Transformation wird auf rund fünf Billionen Euro geschätzt, was jährlichen Zusatzinvestitionen von etwa 100¹⁹¹ Milliarden Euro entspricht. Die USA zeigen, dass dadurch ein enormer Aufschwung möglich ist, von dem die Breite der ...</p>	Übernahme
V17-033	Jürgen Blümer (KV)	<p>Von Zeile 32 bis 33:</p>	Erledigt durch: V17-024-2

	Warendorf)	... realisieren. Davon unabhängig kann ein sozialpolitischer Kahlschlag aus grüner Sicht nicht die Antwort auf die Zeitenwende sein, <u>denn wir müssen die klimaneutrale Transformation als gesamtgesellschaftliche Herausforderung begreifen, die eben auch Investitionen in den sozialen Zusammenhalt erforderlich macht ...</u>	
V17-034	Gregor Kaiser (KV Olpe)	Von Zeile 34 bis 38 löschen: Dazu kommt, dass die Zeitenwende eine ganze Reihe neuer Ausgabennotwendigkeiten mit sich bringt. Deutschland muss sich darauf einstellen, seine Sicherheitsausgaben weiter zu steigern, um der wachsenden Bedrohung unserer Sicherheits- und Friedensordnung wirksam entgegenzutreten zu können. Diese Realität haben wir uns weder gewünscht noch ausgesucht.	Abstimmung
V17-041	LAG-Ökologie	Von Zeile 41 bis 43 einfügen: Investitionen in Infrastruktur, Transformationsprojekte und gesellschaftlichen Zusammenhalt können nicht mehr im notwendigen Umfang finanziert werden. <u>So ist absehbar, dass unsere aktuellen Ausgaben nicht ausreichen werden, um unsere internationalen Vereinbarungen beispielsweise im Rahmen des Pariser Klimaabkommens, des Montreal-Abkommens für Biodiversität einzuhalten. Auch an anderer Stelle werden heute schon die fehlenden Investitionen sichtbar, beispielsweise beim Hochwasserschutz.</u> Das werden die Menschen in unserem Land spüren. So wie wir heute die versäumten ...	Modifizierte Übernahme Von Zeile 41 bis 43 einfügen: Investitionen in Infrastruktur, Transformationsprojekte und gesellschaftlichen Zusammenhalt können nicht mehr im notwendigen Umfang finanziert werden. <u>So ist absehbar, dass unsere aktuellen Ausgaben noch nicht ausreichen werden, um unsere internationalen Vereinbarungen beispielsweise im Rahmen des Pariser Klimaabkommens, des Montreal-Abkommens für Biodiversität zu erreichen.</u> Das werden die Menschen in unserem Land spüren. So wie wir heute die versäumten ...
V17-041-2	LAG-Ökologie	Von Zeile 41 bis 44 löschen: Investitionen in Infrastruktur, Transformationsprojekte und gesellschaftlichen Zusammenhalt können nicht mehr im notwendigen Umfang finanziert werden. Das werden die Menschen in unserem Land spüren. So wie wir heute die versäumten Investitionen der vergangenen 20 Jahre bemerken, werden wir in 20 Jahren mit den ...	Erledigt durch: V17-041
V17-058	LAG-Ökologie	Von Zeile 57 bis 59 einfügen: Es wäre ein großer Fehler, diese Mehrausgaben dadurch zu finanzieren, die Axt an die soziale Infrastruktur anzulegen, wie es jetzt einige fordern. <u>Vielmehr müssen wir die Unterstützung unserer klima- und umweltpolitischen Ziele sozial absichern. Deshalb setzen wir uns in den laufenden Haushaltsverhandlungen zum Bundeshaushalt für die Einführung eines entlastenden Klimagelds ein.</u> Äußere Sicherheit auf Kosten	Erledigt durch: V17-081-2

		innerer oder sozialer Sicherheit zu erreichen, verbreitert ...	
V17-062	LAG-Ökologie	Von Zeile 61 bis 63 einfügen: ... Demokratiefeinde. Genauso falsch wäre es, Deutschlands internationales Engagement im humanitären, entwicklungs-, <u>umwelt-</u> oder klimapolitischen Bereich abzuwickeln. Die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, die immer deutlicher ...	Übernahme
V17-064	LAG-Ökologie	Von Zeile 63 bis 65 einfügen: ... abzuwickeln. Die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, die immer deutlicher zutage tretenden Auswirkungen der <u>Biodiversitäts- und Klimakrise</u> - die Welt ist heute eine andere als noch vor 20 Jahren. Dieser veränderten Welt kann man nicht mit einer ...	Übernahme
V17-073	Maximilian Fries (KV Düsseldorf)	Von Zeile 73 bis 75 einfügen: In den vergangenen Monaten und im Lichte der wirtschaftlichen Lage fordern immer mehr Expert*innen eine grundlegende Reform der Schuldenregeln. <u>Sogar</u> Konservative und arbeitgebernahe Ökonom*innen, viele Unternehmen und ihre Verbände, ...	Erledigt durch: V17-078
V17-078	Maximilian Fries (KV Düsseldorf)	Von Zeile 78 bis 82: ... über die bislang starren Grenzen hinaus zu ermöglichen. Renommierte Volkswirtschaftler*innen schlagen eine Vermögenssteuer vor und sogar der Bund der Steuerzahler spricht sich für einen höheren Spitzensteuersatz für Einkommensmillionär*innen aus. Große Sozial- und Umweltverbände stützen unsere Forderung nach Einführung eines Klimageldes zum nächstmöglichen Zeitpunkt.	Erledigt durch: V17-082-2
V17-081	Gregor Kaiser (KV Olpe)	Von Zeile 81 bis 82 einfügen: ... Einkommensmillionär*innen aus. Große Sozial- und Umweltverbände stützen unsere Forderung nach Einführung eines Klimageldes zum nächstmöglichen Zeitpunkt. <u>Auch die Einführung von Umweltlenkungs Ausgaben oder die Erhöhung des Spitzensteuersatz sind wichtige Tools, um gesellschaftliche erwünschte Prozesse zu stärken, die Transformation zu gestalten und die Gesellschaft daran gerecht zu beteiligen.</u>	Erledigt durch: V17-082-2
V17-081-2	Maximilian Fries (KV Düsseldorf)	Von Zeile 81 bis 82: ... Einkommensmillionär*innen aus. Große Sozial- und Umweltverbände stützen unsere Forderung nach Einführung eines Klimageldes zum nächstmöglichen Zeitpunkt <u>in dieser Legislaturperiode.</u>	Übernahme

V17-082	Jürgen Blümer (KV Warendorf)	<p>Von Zeile 81 bis 82 einfügen: ... Einkommensmillionär*innen aus. Große Sozial- und Umweltverbände stützen unsere Forderung nach <u>Umsetzung des Ampel-Koalitionsvertrages mit der Einführung eines Klimageldes zum nächstmöglichen Zeitpunkt.</u></p>	<p>Übernahme</p>
V17-082-2	Maximilian Fries (KV Düsseldorf)	<p>Von Zeile 81 bis 82 einfügen: ... Einkommensmillionär*innen aus. Große Sozial- und Umweltverbände stützen unsere Forderung nach Einführung eines Klimageldes zum nächstmöglichen Zeitpunkt.</p> <p><u>Eine Anpassung der Schuldenbremse allein wird jedoch nicht ausreichen, um den enormen Finanzierungsbedarf zu decken. Für uns ist deshalb klar, dass die Erbschaftsteuer reformiert werden muss: Einerseits müssen Verschonungsregelungen und die 10-Jahres-Frist abgeschafft werden. Andererseits muss eine einheitliche Stundungsregelung und ein erwerberbezogener Lebensfreibetrag eingeführt sowie der effektive Steuersatz erhöht werden. Außerdem fordern wir weiterhin die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Die Vermögensteuer sollte für Vermögen oberhalb von zwei Millionen Euro pro Person gelten und jährlich mindestens 1 Prozent betragen.</u></p> <p><u>Daneben setzen wir uns dafür ein, dass Finanzkriminalität - insbesondere von Banken - konsequenter aufgearbeitet und bestraft wird. Durch Steuerhinterziehung verliert Deutschland schätzungsweise 100 Milliarden Euro pro Jahr. Viele dieser Fälle werden jedoch nicht aufgeklärt und der Schaden nicht zurückgezahlt. Das Recht muss endlich auch konsequent bei Vermögenden durchgesetzt werden! Deshalb wollen wir die Strafverfolgung in diesem Bereich deutlich ausbauen und die Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften stärken.</u></p>	<p>Modifizierte Übernahme Von Zeile 81 bis 82 einfügen: ... Einkommensmillionär*innen aus. Große Sozial- und Umweltverbände stützen unsere Forderung nach Einführung eines Klimageldes zum nächstmöglichen Zeitpunkt.</p> <p><u>Eine Anpassung der Schuldenbremse allein wird jedoch nicht ausreichen, um den enormen Finanzierungsbedarf zu decken. Finanzkriminalität - insbesondere von Banken - muss konsequenter ermittelt, vor Gericht gebracht und aufgearbeitet werden. Durch Steuerhinterziehung verliert Deutschland schätzungsweise 100 Milliarden Euro pro Jahr. Viele dieser Fälle werden jedoch nicht aufgeklärt und der Schaden nicht zurückgezahlt. Deshalb wollen wir die Strafverfolgung in diesem Bereich deutlich ausbauen und die Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften stärken. Klima- und Umweltschädliches Verhalten sollte der Staat nicht fördern. Daher setzen wir uns für den Abbau klimaschädlicher Subventionen ein. Auch Umweltlenkungsabgaben wären dazu geeignet die Transformation zu gestalten und die Gesellschaft daran gerecht zu beteiligen.</u></p> <p><u>Darüber hinaus wollen wir die Erbschaftssteuer reformieren und Schlupflöcher für Superreiche schließen. Außerdem sprechen wir uns weiterhin für die Einführung einer verfassungskonformen Vermögensteuer aus. Wir wollen den Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer durch zwei zusätzliche Stufen erhöhen und gleichzeitig erhöhen wir den Grundfreibetrag der um kleine und mittlere Einkommen zu entlasten.</u></p>
V17-086	Jürgen Blümer (KV Warendorf)	<p>Von Zeile 85 bis 86 einfügen: ... Haushalten, insbesondere den Kommunen,</p>	<p>Erledigt durch: V17-024-2</p>

		<p>wieder mehr Möglichkeiten geben, die notwendige klimaneutrale und digitale Modernisierung aktiv zu unterstützen. <u>Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die notwendigen Transformationen durch Sozialmaßnahmen flankiert werden, die den Zusammenhalt der Gesellschaft festigen und eine zuversichtliche Aufbruchstimmung erzeugen. Wir Grüne lassen niemanden zurück auf dem Weg in die Zukunft.</u></p>	
V17-086-2	Kreisvorstand Paderborn	<p>Nach Zeile 86 einfügen: <u>Gerechtigkeit bedeutet für uns, allen Menschen in Deutschland Chancen auf ein gutes Leben zu eröffnen. Dazu gehört der Zugang zu Bildung, Gesundheit, sozialer Sicherheit und kultureller Teilhabe. Es ist unser Ziel, gesellschaftliche Ungleichheiten abzubauen und allen Menschen die Möglichkeit zu geben, ihr Potenzial voll auszuschöpfen.</u> <u>Unser Grundgesetz definiert unseren Staat als Sozialstaat, daraus ergibt sich der Auftrag, unsere soziale Infrastruktur, Beratungshilfeleistungen und weitere soziale Angebote in hoher Qualität zu erhalten und bei Bedarf auszubauen. Die Sicherung der sozialen Infrastruktur ist entscheidend, um soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten und langfristige Stabilität zu sichern.</u> <u>Haushaltskürzungen in diesen Bereichen haben gravierende Folgen, die letztlich wesentlich teurer sind als die notwendigen Investitionen. Bereiche wie die Jugendberufshilfe zeigen, was passiert, wenn ökonomische Maximen über dem Sozialstaatsauftrag stehen: gewachsene Strukturen werden zerschlagen, Dumpinglöhne führen zu Personalnat und Fluktuation, Expertise, Erfahrung und somit die Qualität der Arbeit gehen verloren.</u> <u>Gerade in Zeiten von Krisen und Verunsicherung bildet Soziale Arbeit den Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält und stärkt. Dafür braucht sie eine verlässliche und ausreichende Förderung.</u> <u>Der soziale Frieden in unserem Land hängt maßgeblich davon ab, dass Menschen Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme haben und sich darauf verlassen können, dass ihre Grundbedürfnisse gedeckt sind. Nur so können wir eine gerechte und stabile Gesellschaft gewährleisten. Gerechtigkeit ist nicht nur ein ethische Säule unserer Gesellschaft, sondern auch ein entscheidender Faktor für die wirtschaftliche, soziale und demokratische Stabilität unseres Landes.</u></p>	<p>Modifizierte Übernahme Von Zeile 29 bis 31 einfügen: ... Gesellschaft profitiert. Wir sollten diese Chance weder liegen lassen noch den Anschluss daran verlieren. <u>Wir brauchen einen starken Sozialstaat. Dabei ist die Sicherung der sozialen Infrastruktur entscheidend um soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten und langfristige Stabilität zu sichern.</u> Wir müssen investieren; staatlich und privat. Allein mit Einsparungen in den laufenden Haushalten sind diese Summen nicht zu ...</p>

V17-088	Gregor Kaiser (KV Olpe)	<p>Von Zeile 88 bis 89 einfügen: ... appellieren an unsere Koalitionspartner*innen und Mitbewerber*innen, zum Wohle unseres Landes gemeinsam einen Weg aus der verhärteten Debatte zu finden. <u>Wer sich den Diskussionen über eine gerechte sozial-ökologische Steuerpolitik und darüber eine Verbesserung der Einnahmesituation des Staates verweigert und sich darauf stützt, dass der Staat sparsamer wirtschaften und bei den Schwächsten kürzen oder weniger Integrationsarbeit leisten sollte, versündigt sich an den folgenden Generationen und ist verantwortlich für eine Radikalisierung in der Gesellschaft, die amerikanischem Muster folgen wird. Wir als Grüne wollen dies nicht! Wir streiten daher für eine echte sozial-ökologische Steuer- und Finanzpolitik.</u> Denn klar ist auch: jede Veränderung der Steuer- und Abgabepolitik muss sozial gerecht erfolgen und immer auch diejenigen in den Blick nehmen, die die Gesellschaft tragen.</p>	<p>Modifizierte Übernahme Von Zeile 88 bis 89 einfügen: ... appellieren an unsere Koalitionspartner*innen und Mitbewerber*innen, zum Wohle unseres Landes gemeinsam einen Weg aus der verhärteten Debatte zu finden. <u>Suchen wir nach einem Schritt nach vorne, der es ermöglicht die Probleme unsere Zeit nicht auf den Rücken vulnerabler Gruppen zu lösen sondern eine solidarische und Gerechte Lösung für alle zum Ziel hat.</u></p>
V17-115	Jürgen Blümer (KV Warendorf)	<p>Von Zeile 114 bis 115 einfügen: ... für den Bund, sondern auch für die Länder angepasst werden, die nach derzeitiger Rechtslage keinerlei Schulden machen dürfen.</p> <p><u>Als Koalitionspartner in der Bundesregierung haben wir Grünen ein Klimageld ausgehandelt, um den Preisanstieg bei fossilen Energieträgern abzufedern und die Lenkungswirkung des CO2-Preises auszugleichen, in dem es insbesondere einkommensschwächere Menschen finanziell unterstützt. Es trägt somit wesentlich zur sozialen Gerechtigkeit bei.</u></p>	<p>Erledigt durch: V17-082</p>
V17-116	Jürgen Blümer (KV Warendorf)	<p>Von Zeile 116 bis 117 einfügen: Den Vorschlägen gemein ist, dass sie eine klare <u>soziale und wirtschaftliche</u> Zukunftsorientierung haben und damit ein Angebot an die Breite der politischen ...</p> <p>Von Zeile 124 bis 125: Ausgaben für wirtschaftlichen Wohlstand nicht ausspielen gegen jene in die soziale Infrastruktur und damit den sozialen Frieden im Land wahren <u>und soziale Gerechtigkeit als wesentliche Aufgabe bei der Bewältigung der Transformationsherausforderungen in den Blick nehmen und ...</u></p>	<p>Modifizierte Übernahme Von Zeile 116 bis 117 einfügen: Den Vorschlägen gemein ist, dass sie eine klare <u>soziale und wirtschaftliche</u> Zukunftsorientierung haben und damit ein Angebot an die Breite der politischen ...</p> <p>Nach Zeile 125 einfügen: <u>soziale Gerechtigkeit als wesentliche Aufgabe bei der Bewältigung der Transformationsherausforderungen in den Blick nehmen und ...</u></p>

Gegenrede: Keine

Zu diesem so modifizierten Antrag liegt, wie im Verfahrensvorschlag ausgeführt, ein noch strittiger Änderungsantrag **V-17-34** vor, der nun noch vorgestellt und abgestimmt wird.

Änderungsantrag V-17-34 (KV Olpe)

Begründung: Gregor Kaiser (KV Olpe)

Gegenrede: Sara Nanni (KV Düsseldorf)

Abstimmung: mit eindeutiger Mehrheit **bei zahlreichen Enthaltungen abgelehnt**

Schlussabstimmung des so modifizierten Antrages V-12/V-17: mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen angenommen.

Antrag V-18 (Landesvorstand): *Hochwasser und Überflutungen - Vorfahrt für Katastrophenschutz, Klimaschutz und Klimaanpassung.*

Einbringung: Jan-Niclas Gesenhues (KV Steinfurt)

Zu diesem Antrag liegen ebenfalls einige Änderungsanträge vor, für die von der Antragskommission folgendes Verfahren vorgeschlagen wird:

Antrag	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V18	Landesvorstand NRW		
V18-036	Astrid Vogelheim (KV Aachen)	<p>Von Zeile 35 bis 36 einfügen: ... Schaffung solcher Flächen können wir Hochwasserwellen brechen und das Wasser besser in der Landschaft halten. <u>Dafür benötigen wir einen beschleunigten Zugriff auf Flächen.</u></p> <p>Von Zeile 47 bis 48 einfügen: ... effektiv umgesetzt werden. Maßnahmen der Klimaanpassung müssen als gemeinschaftliche Aufgabe von Bund und Ländern ausreichend finanziert sein. <u>Um nicht in Konkurrenz zu wichtigen gesellschaftspolitischen Aufgaben zu treten, sollten die Mehraufwendungen u. a. nach dem Verursacherprinzip (z. B. über die CO₂-Abgabe, Abgabe auf Flächenversiegelungen in Überschwemmungsgebieten, etc.) und durch in Zusammenhang stehenden Nutzungen gesichert werden.</u></p>	Übernahme
V18-037	Robin Conrad (KV Recklinghausen)	<p>Von Zeile 37 bis 48: Wir haben bereits einiges vorzuweisen, wie <u>das-Klimaanpassungsgesetz, die derzeit-erarbeitete-Klimaanpassungsgesetze, auf Bundes- und Landesebene , die fortlaufend weitergeführte nationale</u> Klimaanpassungsstrategie, <u>die sich gerade in Aufstellung befindliche Landes- und Landesebene, die nationale Wasserstrategie und das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz.</u> Doch es bleibt mehr zu tun. <u>Wir müssen Gerade zum Schutz vor Extremwetterereignissen brauchen wir</u></p>	<p>Modifizierte Übernahme Von Zeile 37 bis 48: Wir haben bereits einiges vorzuweisen, wie <u>das-Klimaanpassungsgesetz, die derzeit-erarbeitete-Klimaanpassungsgesetze, auf Bundes- und Landesebene , die fortlaufend weitergeführte nationale</u> Klimaanpassungsstrategie, <u>die sich gerade in Aufstellung befindliche Landes- und Landesebene, die</u></p>

		<p>stabile Deiche, besseren Katastrophenschutz und natürlichen Hochwasserschutz, <u>der gesetzlich verankern-verankert ist.</u> {Leerzeichen}</p> <p>Dafür sehen wir es als dringend an, dass Bund und Länder ein neues Hochwasserschutzgesetz auf den Weg bringen. <u>Eine-Wir müssen Hochwasser und Starkregen stärker zusammen denken. Überflutungen werden in Zukunft verstärkt auch ohne ein lokales Gewässer auftreten können. Um dieser neuen Realität Rechnung zu tragen, setzen wir uns für eine ressortübergreifende Zusammenarbeit ein, die den Bevölkerungsschutz aus der Perspektive der betroffenen Menschen und nicht von Art der Überflutung her denkt. Die ersten Auswirkungen der Klimakrise spüren wir jetzt schon. Daher sind eine beschleunigte Planung und entbürokratisierte Förderprogramme für Klimaanpassung ist notwendig. Klimaanpassungsmaßnahmen notwendig, um sich rechtzeitig auf die noch kommenden klimatischen Veränderungen einzustellen. Projekte wie Deichrückverlegungen, Schwammstädte, Auen- und Moorrenaturierung sowie naturnahe Wälder müssen stärker unterstützt werden. Gerade Schwammstädte schaffen viele Synergieeffekte wie die Stärkung der Hitzeresilienz, die Vorsorge gegen Dürren und die Stärkung der Biodiversität.</u> Das EU-Renaturierungsgesetz als wichtiges Instrument für Klimaschutz und Klimaanpassung muss beschlossen und effektiv umgesetzt werden. <u>Die Vorschrift, keinen Nettoverlust von städtischen Grünflächen zu erlauben, leistet einen wichtigen Beitrag zum Überflutungsschutz, da sie die existierenden Versickerungsfähigkeiten unserer Städte schützt.</u> Maßnahmen der Klimaanpassung müssen <u>als eine gemeinschaftliche Aufgabe von Bund und Ländern werden und ausreichend finanziert sein. Wir unterstützen daher die Initiative, die Klimaanpassung als Gemeinschaftsaufgabe in das Grundgesetz aufzunehmen.</u></p>	<p>nationale Wasserstrategie und das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz. Doch es bleibt mehr zu tun. <u>Wir müssen Gerade zum Schutz vor Extremwetterereignissen brauchen wir stabile Deiche, besseren Katastrophenschutz und natürlichen Hochwasserschutz, der gesetzlich verankern-verankert ist.</u> {Leerzeichen}</p> <p>Dafür sehen wir es als dringend an, dass Bund und Länder ein neues Hochwasserschutzgesetz auf den Weg bringen. <u>Eine-Wir müssen Hochwasser und Starkregen stärker zusammen denken. Überflutungen werden in Zukunft verstärkt auch ohne ein lokales Gewässer auftreten können. Um dieser neuen Realität Rechnung zu tragen, setzen wir uns für eine ressortübergreifende Zusammenarbeit ein, die den Bevölkerungsschutz aus der Perspektive der betroffenen Menschen und nicht von Art der Überflutung her denkt. Die ersten Auswirkungen der Klimakrise spüren wir jetzt schon. Daher sind eine beschleunigte Planung und entbürokratisierte Förderprogramme für Klimaanpassung ist notwendig. Klimaanpassungsmaßnahmen notwendig, um sich rechtzeitig auf die noch kommenden klimatischen Veränderungen einzustellen. Projekte wie Deichrückverlegungen, Schwammstädte, Auen- und Moorrenaturierung sowie naturnahe Wälder müssen stärker unterstützt werden. Gerade Schwammstädte schaffen viele Synergieeffekte wie die Stärkung der Hitzeresilienz, die Vorsorge gegen Dürren und die Stärkung der Biodiversität.</u> Das EU-Renaturierungsgesetz als wichtiges Instrument für Klimaschutz und Klimaanpassung muss beschlossen und effektiv umgesetzt werden. <u>Die Vorschrift, keinen Nettoverlust von städtischen Grünflächen zu erlauben, leistet einen wichtigen Beitrag zum Überflutungsschutz, da sie die existierenden Versickerungsfähigkeiten unserer Städte schützt.</u> Maßnahmen der Klimaanpassung müssen <u>in Zukunft noch stärker als gemeinschaftliche Aufgabe von Bund und Ländern umgesetzt werden und ausreichend</u></p>
--	--	---	---

			finanziert sein.
V18-052	Matthias Hogrefe (KV Leverkusen)	<p>Von Zeile 52 bis 53 einfügen: bereits grün wachsen, zeigen wir: Klimaneutralität ist ein Gewinn für Menschen, Natur und Wirtschaft.</p> <p><u>Deswegen setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass Maßnahmen dazu getroffen werden. Der bundesweite Kohleausstieg bis 2030, der unbedingt gesetzlich festgeschrieben werden muss, ist eines der besten Beispiele für effektive Maßnahmen.</u></p>	<p>Modifizierte Übernahme Von Zeile 52 bis 53 einfügen: bereits grün wachsen, zeigen wir: Klimaneutralität ist ein Gewinn für Menschen, Natur und Wirtschaft.</p> <p><u>Deswegen setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass Maßnahmen dazu getroffen werden. Der bundesweite Kohleausstieg bis 2030 ist eines der besten Beispiele für effektive Maßnahmen.</u></p>

Gegenrede: keine

Abstimmung des so modifizierten Antrags V-18: bei einer Enthaltung ohne Gegenstimmen **angenommen**

TOP 3.6
Wahl Landesschiedsgericht

Präsidium: Bondina Schulze, David Sasserath (19:35 Uhr)

Zur Wahl des Vorsitzenden des **Landesschiedsgerichts** liegt eine Kandidatur vor

- Marco Penz (KV Bonn, LS-03)

Marco stellt sich der Versammlung vor. Es liegen keine Fragen an ihn vor.

Der **Erste Wahlgang** zur **Wahl des Vorsitzes zum Landesschiedsgerichts** wird eröffnet (19:38 Uhr). Der Wahlgang wird geschlossen (19:40 Uhr).

Das Präsidium gibt das **Abstimmungsergebnis** des **Ersten Wahlganges** zur **Wahl der Vorsitzenden des Landesschiedsgerichts** bekannt:

Abgegebene Stimmen	231	
Nein	2	0,87 %
Enthaltungen	6	2,60 %
Quorum	116	
Marco Penz	223	96,54 %

Damit ist Marco mit 96,54 % der Stimmen **gewählt**. Er nimmt die Wahl an.

Für die Beisitzer*innen-Posten kandidieren folgende Kandidat*innen

- Kira Heyden (KV Düsseldorf, LS-04)
- Yelis AL-Khanak (KV Mülheim, LS-06)
- Günter Fege (KV Viersen, LS-01)
- Oona Grünebaum (KV Rhein-Sieg, LS-02)

- Lisa Löffler (KV Köln, LS-05)

Die Bewerber*innen stellen sich, insofern sie nicht verhindert sind, der Versammlung vor. Es liegen keine Fragen an sie vor.

Der **Erste Wahlgang** zur **Wahl der weiteren Mitglieder des Landesschiedsgerichts** wird eröffnet (19:49 Uhr). Der Wahlgang wird geschlossen (19:51 Uhr).

Das Präsidium gibt das **Abstimmungsergebnis** des **Ersten Wahlganges** zur **Wahl der weiteren Mitglieder des Landesschiedsgerichts** bekannt:

Abstimmende Delegierte	241	
Nein	1	0,41 %
Enthaltungen	7	2,90 %
Quorum	121	
Oona Grünebaum	193	80,08 %
Günter Fege	177	73,44 %
Kira Heyden	211	87,55 %
Lisa Löffler	222	92,12 %
Yelis Al-Khanak	206	85,48 %

Damit haben alle Kandidat*innen das notwendige Quorum erreicht und sind **gewählt**. Sie nehmen die Wahl an.

TOP 9 Verschiedenes

Präsidium: Anna di Bari, Inan Özer (19:56 Uhr)

Antrag V-06 (Annika Tiessen, KV Münster): *Einigung beim Klimaschutzgesetz: Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung entlassen!*

Einbringung: Oliver Krischer (KV Aachen)

Zu diesem Antrag liegen zwei Änderungsanträge von Katrin Uhlig (KV Bonn) **V-06-001** und **V-06-004** vor:

Die Antragskommission schlägt dazu folgende modifizierten Übernahmen aus Antrag V-06-001 vor:

Änderung Zeile 1 bis 2:

Einigung beim Klimaschutzgesetz: Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung entlassen!
 Einigung beim Klimaschutzgesetz: Alle Sektoren müssen ihren Beitrag leisten!

Änderung Zeile 1 bis 3:

~~Die LDK schließt sich dem Antrag der LDK des Landesverbands Berlin an die Bundesdelegiertenkonferenz „EINIGUNG BEIM KLIMASCHUTZGESETZ: DEN VERKEHRSSSEKTOR NICHT AUS DER VERANTWORTUNG ENTLASSEN!“ (dort beschlossen: 04.05.2024) an.~~
 Für uns Grüne ist klar: Die Klimakrise ist DIE Menschheitsaufgabe unserer Zeit. Um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur noch auf ein für die Menschheit lebensfähiges Maß zu begrenzen ist es zentral, dass auch Deutschland seinen Beitrag zur Eindämmung der Klimakrise leistet.

Deutschland hat sich im Klimaschutzabkommen von Paris dazu verpflichtet, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2 Grad Celsius und möglichst auf 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Daran muss sich jede Bundesregierung messen lassen. Das Klimaschutzgesetz auf Bundesebene soll hierfür den Rahmen setzen und die Grundlage bieten, dass ausreichend Maßnahmen ergriffen werden, damit dieses Ziel erreicht wird. Dank Grünem Einsatz und Handeln ist es erstmals realistisch möglich geworden, das Klimaziel für das Jahr 2030 zu erreichen, wenn die Anstrengungen hoch bleiben. Sowohl im Bund als auch in NRW und in den Kommunen sind in den Bereichen Energie, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft, Abfall und Landnutzung eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen worden, um mehr Klimaschutz voranzubringen. Wir wissen aber auch, dass wir mehr machen müssen, wenn wir der Klimakrise wirklich Einhalt gebieten wollen. Alle Sektoren müssen ihren Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten. Dafür liegen sinnvolle Maßnahmen bereits seit Jahren auf den Tisch. Bisher muss zur Umsetzung dieser Maßnahmen häufig um politische Mehrheiten gerungen werden, ob im Bundestag, im Landtag oder auf kommunaler Ebene. Dabei ist Klimaschutz zentral für uns alle.

Wir Grünen setzen uns nachdrücklich bei allen Entscheidungen dafür ein, dass Klimaschutz mitgedacht und zielführende Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt werden – in den Verhandlungen zum Straßenverkehrsgesetz auf Bundesebene genauso wie bei Investitionen in klimafreundliche Stahlproduktion, oder im Rahmen der neuen Landesbauordnung oder bei der Planung von Verkehrskonzepten in Kommunen. Das Klimaschutzgesetz auf Bundesebene gestaltet für all diese Entscheidungen die zentrale Grundlage. Auch das novellierte Gesetz soll garantieren, dass kein Gramm CO₂ mehr ausgestoßen werden darf. Allerdings hätten wir uns als Grüne in der konkreten Ausgestaltung des Klimaschutzgesetzes verbindlichere Regelungen gewünscht. Gleichzeitig ist uns klar, dass die Novellierung des Klimaschutzgesetzes einen politischen Kompromiss auf Bundesebene innerhalb der Koalition aus SPD, Grünen und FDP darstellt. Bereits mit der Zustimmung zum Koalitionsvertrag vor zweieinhalb Jahren wurde der Rahmen für diese Überarbeitung als Teil eines Kompromisses festgehalten. Im Gegenzug zu dieser Reform konnten wir Grünen in verschiedenen Sektoren mehr realen Klimaschutz durchsetzen.

Das neue Klimaschutzgesetz blickt nun bei den Zielen stärker auf die Erreichung der Klimazielpfade der Zukunft. Dazu gehört auch, dass die nächste Bundesregierung zu Beginn der Legislaturperiode nun ein Klimaschutzprogramm vorlegen muss, das das 2030-Ziel und das 2040-Ziel einhält. Diese Veränderung finden wir richtig. Klar ist aber auch, dass alle Sektoren ihre Ziele erfüllen müssen, damit Deutschland klimaneutral wird. Deshalb wäre aus Grüner Sicht eine stärkere Verantwortung der einzelnen Sektoren sinnvoll gewesen. Auch wenn wir uns freuen, dass die Energiewende im Strombereich durch neue Maßnahmen und Bürokratieabbau endlich richtig Fahrt aufnimmt und damit unsere Emissionen reduziert, müssen alle Sektoren jetzt die Weichen stellen, damit die Emissionen planbar und nachhaltig reduziert werden. Die Daten zeigen deutlich, dass gerade der Verkehrssektor bisher viel zu wenig für den Klimaschutz leistet. Wir Grünen haben eine Vielzahl von Vorschlägen eingebracht, wie gerade im Verkehrsbereich Emissionen reduziert und Mobilität klimafreundlich gestaltet werden kann. Ein einfaches „Weiter so“ darf es nicht geben. Wir erwarten von der SPD und der FDP, dass sie ihrer Pflicht nachkommen, den Klimaschutz in allen Bereichen – insbesondere aber im Verkehrsbereich – anzugehen und sinnvolle Vorschläge vorzulegen, die wirklich Emissionen reduzieren. Denn je länger wir mit Maßnahmen warten, desto größer werden später die Herausforderungen. Für die Umsetzung der Maßnahmen braucht es politische Mehrheiten. Dafür werden wir Grüne weiter kämpfen und uns mit all unseren Möglichkeiten dafür einsetzen, dass Klimaschutz auf allen Ebenen bei Entscheidungen berücksichtigt und längst überfällige und dringend notwendige Maßnahmen endlich ergriffen werden. Dabei haben wir auch die sozialen Auswirkungen der Maßnahmen immer im Blick. Klimaschutzmaßnahmen müssen immer auch sozial ausgestaltet werden. Hierbei würde das Klimageld einen Beitrag leisten, für das wir uns auch weiter in der Regierung einsetzen werden. Aber auch in den anstehenden Haushaltsberatungen auf Bundesebene werden wir Grüne deshalb um jeden Euro für Klimaschutzmaßnahmen und für den Schutz von Umwelt und Natur kämpfen. Klimaschutz ist wichtig für unsere Gesellschaft, unseren Wohlstand, unsere Sicherheit und für globale Gerechtigkeit! Das muss sich auch im Haushalt widerspiegeln.

Weiterhin schlägt die Antragskommission gemäß dem **Antrag V-06-004** dazu die Löschung des Links

<https://berlin.antragsgruen.de/LDK24-1/einigung-beim-klimaschutzgesetz-den-verkehrssektor-nicht-aus-der-vera-43442>) aus **Zeile 4 bis 5** vor.

Gegenrede: keine

Abstimmung: bei einer Enthaltung ohne Gegenstimmen **angenommen**

Antrag V-07 (Sven Lehmann, KV Köln): *Der NSU-Terror braucht ein würdiges Erinnern – auch in NRW!*

Einbringung: Sven Lehmann (KV Köln)

Gegenrede: keine

Abstimmung: einstimmig **angenommen**

Antrag V-02 (LAG Queer): *Nach 75 Jahren: Grundgesetz für Alle!*

Einbringung: Maik Babenhauserheide (KV Herford)

Gegenrede: keine

Abstimmung: mit großer Mehrheit **angenommen**

Antrag V-08 (Julia Woller, KV Köln): *Körperliche und reproduktive Selbstbestimmung endlich umsetzen: Paragraph 218 STGB streichen!*

Einbringung: Julia Woller (KV Köln)

Gegenrede: keine

Abstimmung: mit großer Mehrheit **angenommen**

Antrag V-16 (Eileen Woestmann, KV Köln): *Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Staat, Familien und Wirtschaft Hand in Hand*

Einbringung: Eileen Woestmann (KV Köln)

Zu diesem Antrag liegt ein Änderungsantrag vor, der wie folgt von der Antragskommission zur modifizierten Übernahme vorgeschlagen wird:

Antrag	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V16	Eileen Woestmann (KV Köln)		
V16-137	Bernd Mosig (KV Gütersloh)	Von Zeile 136 bis 137 einfügen: ... Schwangerschaft und in der Zeit nach der Entbindung abzubauen und Frauen in ihrer Selbstständigkeit zu fördern und zu unterstützen. <u>Zurzeit stellt sich die Situation für Selbstständige Frauen mit Kinderwunsch schwierig da. Karriere oder Familie ist oft die Prämisse. Selbstständige Mütter dürfen gegenüber selbstständigen Vätern nicht mit einem Wettbewerbsnachteil versehen werden. Wir werden uns für eine umlagefinanzierte Lösung einsetzen. Mutterschaftsleistungen für Selbstständige müssen solidarisch finanziert werden. Es ist zu prüfen ob die Absicherung der Betriebe durch Steuermittel ergänzt werden. Da auch der Staat ein gewisses Interesse daran haben sollte die Infrastruktur und Arbeitsplätze zu sichern.</u>	Modifizierte Übernahme Von Zeile 136 bis 137 einfügen: ... Schwangerschaft und in der Zeit nach der Entbindung abzubauen und Frauen in ihrer Selbstständigkeit zu fördern und zu unterstützen. <u>Zurzeit stellt sich die Situation für Selbstständige Frauen mit Kinderwunsch schwierig dar: Beruf oder Familie ist oft die Prämisse. Selbstständige Frauen dürfen durch den Familienwunsch nicht benachteiligt oder gar in ihrer Existenz bedroht sein. Gleichzeitig ist es auch für die Wirtschaft von großem Interesse, wenn mehr Frauen gründen. Wir begrüßen daher die NRW-Bundesratsinitiative, die Mutterschutz auch für Selbstständige fordert. Ein gleichwertiger Mutterschutz muss finanziell sichergestellt sein, z.B. durch eine solidarische, Umlagebasierte Finanzierung, eine Finanzierung aus Bundesmitteln</u>

			oder durch entsprechende Förderung von betrieblicher Vertretung.
--	--	--	--

Gegenrede: keine

Abstimmung: einstimmig **angenommen**

Es ist 20:20 Uhr. Der Parteitag vertagt sich auf Sonntag, den 30. Juni 2024, 10:00 Uhr.

Sonntag, 30. Juni 2024, 10:00 Uhr

Präsidium: Berivan Aymaz, Max Löffler (10:00 Uhr)

TOP 6
Jahresabschluss 2023 / Haushalt 2024

Haushaltsplan 2024

Es ist 10:00 Uhr. Raoul Roßbach (KV Herne), Politischer Landesgeschäftsführer, begrüßt die Anwesenden und führt in die Tagesordnung des Sonntag ein, der mit der Einbringung des Haushaltes 2024 durch Anja von Marenholtz (KV Rhein-Erft) beginnt.

Anja stellt den Delegierten den Haushaltsplan 2024 vor.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Fragen und kein weiterer Aussprache-Bedarf vor.

Verabschiedung Haushalt 2024:

Abstimmung: einstimmig **angenommen**

TOP 5
Digital, Modern, Einfach: Ein Land, das funktioniert

Präsidium: Berivan Aymaz, Max Löffler (10:20 Uhr)

Zum Verfahren: *Tim Achtermeyer (KV Bonn) bringt den Leitantrag L-2 zu TOP 5 ein. Es folgen insgesamt 12 geloste, quotierte Beiträge à 3 Minuten und 5 gesetzte Beiträge à 5 Minuten. Anschließend trägt die Antragskommission ihren Verfahrensvorschlag zum Umgang mit den Änderungsanträgen vor. Es folgen die Abstimmung dieses Verfahrensvorschlags sowie eventuelle Abstimmungen einzelner noch strittiger Änderungsanträge und schließlich die Schlussabstimmung des so geänderten Leitantrages. Gegen dieses Verfahren erhebt sich **kein Widerspruch**.*

Es folgt die Einbringung des **Leitantrages L-2** durch die Parteivorsitzende

- Tim Achtermeyer (KV Bonn)

An der folgenden Aussprache teilnehmen sich

- Hanna Hüwe (KV Coesfeld)
- Jan Matzoll (KV Recklinghausen)
- Benjamin Limbach (KV Bonn) *gesetzt*
- Chantal Reiher (KV Mettmann)
- Dominic Hallau (KV Bielefeld)
- Sabine Grützmacher (KV Oberberg) *gesetzt*
- Karen Haltaufderheide-Uebelgünn (KV Ennepe-Ruhr)
- Maik Außendorf (KV Rhein-Berg)
- Julia Eisentraut (KV Lippe) *gesetzt*
- Sarah Gonschorek (KV Soest)
- Axel Nawrath (KV Rhein-Erft)
- Floris Rudolph (KV Köln) *gesetzt*

Es folgt die Einbringung des Verfahrensvorschlages der Antragskommission durch Karsten Ludwig (KV Krefeld):

Antrag	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L2	Landesvorstand NRW		
L2-019	Peter Pütz (KV Bielefeld)	Nach Zeile 19 einfügen: <u>Wir gestalten die Digitalisierung ökologisch nachhaltig</u>	Modifizierte Übernahme
L2-069	LAG Digitales und Medien	Von Zeile 68 bis 71: ... Umsetzung. Für alle digitalen Anwendungen müssen Mitarbeiter*innen Schulungen machen können, die ihren Bedarfen entsprechen und sie dort abholen, wo sie stehen <u>ihnen die Möglichkeit geben, die Bedienung auch ohne Vorkenntnisse schnell zu verinnerlichen.</u>	Übernahme
L2-080	Floris Rudolph (KV Köln)	Von Zeile 79 bis 80 einfügen: ... Behörden einfacher untereinander Daten austauschen können. Das spart Zeit, Geld und Nerven – bei Verwaltungsmitarbeiter*innen, Unternehmen und Bürger*innen. <u>Die Strukturen und digitalen Prozesse sind in den Kommunen in den letzten Jahrzehnten organisch gewachsen. Dieser Wildwuchs mit kommunalen, hauseigenen Anwendungen sorgt zum Teil schon innerhalb einer Kommune für Probleme. Wir setzen uns deswegen landesweit für Kompatibilität von Software durch gemeinsame Standards und Schnittstellen ein. Das Land muss dabei die Kommunen bei Entwicklung von Software unterstützen – nicht jede Kommune muss so eigenen Lösungen entwickeln. Gerade in den Kommunen erleben Bürger*innen die Verwaltung. Bürgernah, schnell und einfach – das sind unsere Ziele.</u>	Modifizierte Übernahme Von Zeile 79 bis 80 einfügen: ... Behörden einfacher untereinander Daten austauschen können. Das spart Zeit, Geld und Nerven – bei Verwaltungsmitarbeiter*innen, Unternehmen und Bürger*innen. <u>Die Digitalisierung der Verwaltung kann nur dann funktionieren, wenn Bund, Länder und Kommunen gemeinsam an einem Strang ziehen und sich nicht auf das gesetzlich verpflichtende Minimum beschränken. Wir begrüßen, dass mit dem OZG 2.0 verbindliche Schnittstellen und Standards für Prozesse festgelegt werden. Unser langfristiges Ziel ist die landesweite Bereitstellung standardisierter IT-Dienstleistungen für alle Kommunen durch zuverlässige</u>

		<p><u>für eine gelungene Digitalisierung. Aber Kommunen stehen noch vor großen Herausforderungen bei der Digitalisierung ihrer Arbeit und Dienste. Deswegen wollen wir insbesondere die Kommunen in die Lage versetzen, die Digitalisierung ihrer Verwaltung voranzutreiben. In Zeiten von angespannten kommunalen Haushalten bedarf es daher gezielter finanzieller Unterstützung dieser ...</u></p>	<p><u>landesweite Dienstleister. Nur so können wir dem Prozess zur Erneuerung der kommunalen IT-Strukturen Schub geben. Gemeinsam mit dem Kommunen identifizieren wir die besten digitalen Anwendungen, die heute schon in den Verwaltungen eingesetzt werden. Ziel ist die Etablierung eines Referenzkatalogs, der den Kommunen kostenlos die wichtigsten Verwaltungsprogramme zur Verfügung stellt. Doppelstrukturen in der Softwareentwicklung für Verwaltungsleistungen werden wir zukünftig landesseitig nicht mehr finanzieren. Es spart Zeit und Geld, wenn Länder und Kommunen koordinierter digitale Anwendungen besorgen. Dabei können Kommunen natürlich weiterhin auf eigenständige Lösungen setzen. Wir achten auch darauf, welche Anwendungen bereits in anderen Bundesländern oder vom Bund entwickelt wurden und wie sie bei uns genutzt werden können. So unterstützen wir alle Kommunen dabei, die Digitalisierung ihrer Verwaltungen voranzutreiben.</u></p>
L2-082	LAG Digitales und Medien	<p>Von Zeile 82 bis 86: ... bedeutet, dass es Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Anbietern von Hard- und Software gibt, um technologisch unabhängiger zu sein. Idealerweise kommen diese Angebote aus Deutschland oder der Europäischen Union, wodurch höchste Anforderungen an die Datensicherheit erfüllt werden können. <u>Diese Angebote müssen höchste Anforderungen an die Datensicherheit erfüllen.</u></p>	<p>Modifizierte Übernahme Von Zeile 82 bis 86: ... bedeutet, dass es Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Anbietern von Hard- und Software gibt, um technologisch unabhängiger zu sein. Idealerweise kommen diese Angebote aus Deutschland oder der Europäischen Union, wodurch höchste Anforderungen an die Datensicherheit erfüllt werden können. <u>Diese Angebote müssen höchste Anforderungen an die Datensicherheit erfüllen und idealerweise aus Deutschland oder der Europäischen Union kommen.</u></p>
L2-088	Floris Rudolph (KV Köln)	<p>Von Zeile 87 bis 88 einfügen: ... Source. Damit kann Software ohne Lizenzprobleme und zu niedrigeren Kosten von allen genutzt werden. <u>In welchen Fällen eine Kommune eine eigene Software entwickeln oder anschaffen will/soll und wann eine gemeinsame landes- oder bundesweite Lösung angestrebt wird, sollte im regelhaften Land-Kommunen-Austausch im Vorfeld vereinbart werden.</u></p>	<p>Erledigt durch: L2-080</p>

		<u>Dieser Austausch ist insgesamt auch mit der Bundesebene verbindlich zu gestalten. Dabei sollen auch interkommunale Lösungen sollten gefördert werden.</u>	
L2-101	Floris Rudolph (KV Köln)	Von Zeile 100 bis 102 einfügen: ... Fußballmannschaft trainieren und der Sachbearbeiter seine Oma pflegen können. Darauf sind wir als Gesellschaft angewiesen. Weniger Pendeln durch wohnortnahes und <u>mobiles Arbeiten</u> bedeutet einfach mehr Zeit – mehr Zeit für Familie, Freunde, Freizeit, ...	Übernahme
L2-122	Landesvorstand NRW	In Zeile 122: Eine vollständig <u>digital</u> arbeitende Landesverwaltung innerhalb weniger Jahre ...	Übernahme
L2-122-1	LAG Digitales und Medien	Von Zeile 122 bis 123 einfügen: <u>Massive Beschleunigung der Digitalisierung der Verwaltung ...</u>	Übernahme
L2-126	LAG Digitales und Medien	In Zeile 126 einfügen: ... Gewährleistung digitaler Souveränität durch Diversifizierung der Anbieter <u>unter Verwendung von offenen und standardisierten Schnittstellen ...</u>	Übernahme
L2-131	LAG Digitales und Medien	Nach Zeile 131 einfügen: <u>Die Verwendung von automatisierter (Hand-)Schrifterkennung zur Digitalisierung von Papier-Anträgen und Bestandsakten ...</u>	Modifizierte Übernahme Nach Zeile 131 einfügen: <u>Wir wollen durch geeignete digitale Maßnahmen sicherstellen, dass auch weiterhin handschriftlich ausgefüllte Formulare bei Behörden eingereicht und mit möglichst geringem Aufwand (z.B. mithilfe von Schrifterkennungssoftware) im Vorgang erfasst werden.</u>
L2-151	Fabian Müller (KV Münster)	Von Zeile 150 bis 152 einfügen: ... wo der eigenwirtschaftliche Ausbau nicht erfolgen würde, unterstützt die Landesregierung den Ausbau mit Landesfördermitteln. <u>Dabei wollen wir den Eigenanteil, den Kommunen für den Glasfaserausbau tragen, wieder reduzieren. Er soll grundsätzlich 10 % betragen und bei finanzschwachen Kommunen vom Land übernommen werden.</u> Das ist ein wichtiges Signal für die digitale Transformation in unserem Land.	Modifizierte Übernahme Von Zeile 150 bis 152 einfügen: ... wo der eigenwirtschaftliche Ausbau nicht erfolgen würde, unterstützt die Landesregierung den Ausbau mit Landesfördermitteln. <u>Wir werden finanzschwache Kommunen beim Ausbau der digitalen Infrastruktur finanziell stärker unterstützen.</u> Das ist ein wichtiges Signal für die digitale Transformation in unserem Land.
L2-175	LAG Digitales und Medien	Von Zeile 175 bis 176: <u>... Flächendeckend-Glasfaser und Forcierter Ausbau von 5G und der Glasfaserinfrastruktur zur Erreichung der Flächendeckung bis Ende des Jahrzehnts</u>	Übernahme

		<p>Ausbau der Glasfaserinfrastruktur und Glasfaserquote</p> <p>In Zeile 179 löschen: Flächendeckender Ausbau von 5G</p>	
L2-261	LAG Digitales und Medien	<p>Nach Zeile 261 einfügen: <u>Wir unterstützen die Entwicklung und den Einsatz von KI-Anwendungen, welche die Interaktion von Behörden und Bürgern erleichtern.</u></p>	<p>Modifizierte Übernahme Nach Zeile 261 einfügen: <u>Wir unterstützen die Entwicklung und den Einsatz von KI-Anwendungen, welche die Interaktion von Behörden und Bürger*innen erleichtern.</u></p>
L2-262	LAG Digitales und Medien	<p>In Zeile 262: Digitale <u>KI-Systeme die in und von der Verwaltung eingesetzt werden, müssen vertrauenswürdig, transparent und diskriminierungsfrei sein</u></p>	<p>Modifizierte Übernahme Von Zeile 262 bis 263 einfügen: <u>Digitale Systeme die in und von der Verwaltung eingesetzt werden, müssen vertrauenswürdig, transparent und diskriminierungsfrei sein</u></p>
L2-264	LAG Digitales und Medien	<p>Von Zeile 264 bis 265: <u>Wir wollen KI fördern, die in NRW entwickelt wird und damit unseren Anforderungen entspricht.</u> <u>Wir wollen die Entwicklung von KI-Anwendungen, die unseren Anforderungen entsprechen in NRW fördern.</u></p>	<p>Übernahme</p>
L2-265	Tim Brüggemann (KV Borken)	<p>Von Zeile 265 bis 269 einfügen: <u>Gut vorbereitet und gefördert: Digitalisierungskompetenzen für alle Bürger*innen & Ausbau des Digitalisierungsstandorts NRW</u></p> <p><u>Digitalisierung braucht nicht nur Technik und (sichere) Infrastruktur, sondern immer auch Menschen, die als mündige Verbraucher*innen, als Bürger*innen und/oder als Innovator*innen digitale Werkzeuge bedienen und (weiter-)entwickeln können.</u></p> <p><u>Wir GRÜNE NRW setzen uns dafür ein, das Thema Auf- und Ausbau von Digitalisierungskompetenzen in allen Bildungsbereichen (schulische Bildung, hochschulische Bildung, betriebliche Bildung) zu verankern.</u> <u>Unter Digitalisierungskompetenzen verstehen wir sowohl die Vermittlung eines breiten Portfolios an grundlegenden Kompetenzen (im Sinne europäischer Ansätze wie die des DiCompEDU), als auch nationale Strategien wie die der KMK „Bildung in der digitalen Welt“, ergänzt durch die Sensibilisierung im Feld</u></p>	<p>Modifizierte Übernahme Von Zeile 119 bis 120 einfügen: Möglichkeiten für mehr Bürger*innennähe durch niederschwellige Angebote, selbstverständlich barrierefrei und inklusiv.</p> <p><u>Digitalisierung bietet enorme Vorteile für Bürgerinnen, und unser Ziel ist es, sicherzustellen, dass alle diese Chancen nutzen können.</u> <u>Daher setzen wir uns dafür ein, dass Digitalisierungskompetenzen in allen Bildungsbereichen vermittelt werden. Durch die Unterstützung von Start-ups, KMUs und etablierten Unternehmen in NRW fördern wir innovative Digitalisierungsinitiativen und treiben den Strukturwandel voran.</u></p>

		<p><u>spezifischer KI-Kompetenzen bis hin zu Awareness zum Thema „Cyber Security“.</u></p> <p><u>Digitalisierung ist zudem ein relevanter und stark wachsender Markt, der vielfach bereits von Start-Up's, KMU's und in der digitalen Transformation von etablierten Unternehmen in NRW eine bedeutende Rolle spielt.</u></p> <p><u>Wir GRÜNE NRW setzen uns dafür ein, den Strukturwandel in NRW weiterhin durch die Stärkung und Förderung innovativer Digitalisierungsinitiativen voranzutreiben, um die Wachstumspotentiale für Unternehmen und die Menschen in NRW voll ausschöpfen zu können.</u></p> <p><u>Unsere Forderungen und Maßnahmen für die Entwicklung von Digitalisierungskompetenzen und den weiteren Ausbau des Digitalisierungsstandorts NRW:</u></p> <p><u>Wir wollen Bildungsmaßnahmen fördern, die die Digitalisierungskompetenzen von Menschen in NRW stärken</u></p> <p><u>Wir wollen Segmente und Branchen unterstützen, die in NRW die Digitalisierung in Form von Produkten und Dienstleistungen entwickeln und vertreiben</u></p> <p><u>Wir wollen Plattformen (Konferenzen, Foren, Symposien etc.) bieten, um das Thema Digitalisierung und seine Facetten und Auswirkungen diskutieren, reflektieren und transferieren zu können</u></p> <p><u>[Zeilenumbruch]</u></p> <p><u>Wir GRÜNE NRW sind angetreten, um unser Land zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas zu machen. Dieser Wandel benötigt eine moderne, digitale und einfach funktionierende Verwaltung und eine starke digitale Infrastruktur sowie mündige Bürger*innen und selbstbewußte Unternehmen. Als GRÜNE NRW wollen wir die Chancen einer digitalen Verwaltung und einer ...</u></p>	
L2-265-2	Peter Pütz (KV Bielefeld)	<p><u>Von Zeile 265 bis 266 einfügen: Nachhaltigkeit mitdenken: Die Digitalisierung grün gestalten</u></p> <p><u>Die Produktion und Nutzung von digitalen Geräten verursacht enorme Treibhausgasemissionen und verbraucht wertvolle Ressourcen: Der Energieverbrauch steigt stetig, vom anfallenden Elektroschrott wird bisher nur ein kleiner Teil recycelt. Unterlassen wir die nachhaltige Steuerung der Digitalisierung, schaden wir Mensch und Umwelt mit vielfältigen Folgen. Deshalb</u></p>	<p><u>Modifizierte Übernahme Von Zeile 265 bis 267 einfügen: Nachhaltigkeit mitdenken: Die Digitalisierung grün gestalten</u></p> <p><u>Auch die Digitalisierung muss nachhaltig gestaltet werden. Dazu gehören Recycling, Reparatur und Nachnutzung von Altgeräten. Wir wollen, dass neue Rechenzentren ab 2027 klimaneutral betrieben werden und alle Rechenzentren ab 2025 ein Umweltmanagementsystem</u></p>

		<p><u>muss die Digitalisierung auf den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ausgerichtet werden. Gleichzeitig müssen alle Nachhaltigkeitsstrategien die Digitalisierung berücksichtigen.</u></p> <p><u>Wir benötigen eine nachhaltige Rohstoffpolitik. Auf europäischer Ebene haben wir ein Recht auf Reparatur durchgesetzt, das Ersatzteile und Anleitungen allen Tüftler*innen und Werkstätten zur Verfügung stellt. Reparatur dem Austausch von kaputten Produkten bevorzugt, die Hersteller stärker in die Verantwortung nimmt und finanzielle Anreize für die Reparatur setzt. Nach dem Vorbild Sachsens oder Thüringens möchten wir auch in NRW einen Reparaturbonus umsetzen. Zudem darf ausgemusterte, aber noch funktionierende IT-Hardware nicht mehr von öffentlichen Verwaltungen verschrottet werden, wie es leider immer noch praktiziert wird. Bei neuen IT-Beschaffungen der Landeseinrichtungen wollen wir Zertifizierungen wie z. B. den Blauen Engel zum Standard machen und sicherstellen, dass Ersatzteile und Softwareupdates für IT-Geräte für die übliche Nutzungsdauer verfügbar sind.</u></p> <p><u>Darüber hinaus erarbeiten wir im Dialog eine Green-IT-Strategie für die Landeseinrichtungen mit Maßnahmen für den nachhaltigen Einsatz von Informationstechnik. Dazu gehört, dass neue Rechenzentren ab 2027 klimaneutral betrieben werden und alle Rechenzentren ab 2025 ein Umweltmanagementsystem einführen müssen. Großes Energieeinsparpotenzial bietet außerdem die Nutzung der Abwärme von Rechenzentren, die zurzeit größtenteils verpufft. Bestehende Rechenzentren sollten die Wärme selber nutzen oder ohne bürokratischen Aufwand vermarkten dürfen. Bei Neubauten müssen Synergien von vornherein mitgedacht werden, z.B. indem die Abwärme als Nah- und Fernwärme für die Versorgung von Häusern und Geschäftsgebäuden zur Verfügung gestellt wird. Digitalisierung und Nachhaltigkeit müssen auch in Ausbildung, Studium, Forschung und Lehre zusammen gedacht werden, z.B. indem Umweltauswirkungen digitaler Technologien diskutiert und ressourcensparende Programmierung fester Bestandteil der Lehrpläne werden.</u></p> <p><u>Das Verständnis für die nachhaltige Nutzung von digitalen Technologien wird essenziell werden. Dafür starten wir in NRW</u></p>	<p><u>einführen. Unsere Forderungen und Maßnahmen für eine grüne Digitalisierung in NRW:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <u>• Verringerung des Ressourcenverbrauchs bei Produktion und Nutzung von IT-Geräten durch Vorgaben in der öffentlichen Beschaffung und vereinfachte und vermehrte Reparatur</u> <u>• Rechenzentren konsequent nach Klimaneutralität und Energieeffizienz ausrichten</u>
--	--	--	--

		<p><u>Aufklärungskampagnen zu durch die Digitalisierung vereinfachten nachhaltigen Konsummodellen wie »Nutzen statt Besitzen« und Konzepten wie "digital detox" zum gesundem Umgang mit digitalen Medien. Staatlich initiierte Ideen-Wettbewerbe und Förderprogramme können zudem soziale Innovationen für eine digitale Kultur der Nachhaltigkeit anstoßen. Auch in der Wissenschaft müssen Digitalisierung und Nachhaltigkeit stärker vernetzt untersucht werden. Trotz vielversprechender Ansätze sind die wissenschaftlichen Communities für Nachhaltigkeit auf der einen und für digitale Technologien auf der anderen Seite noch nicht eng genug zusammen. Öffentliche Forschungsförderung muss den Zusammenhang zwischen Digitalisierung und Umweltauswirkungen fokussieren und zugehörige Netzwerke zwischen Forscher*innen unterschiedlicher Disziplinen unterstützen. Wir fördern Allianzen wissenschaftlicher Communities zur Nachhaltigkeit.</u></p> <p><u>Unsere Forderungen und Maßnahmen für eine grüne Digitalisierung in NRW:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • <u>Verringerung des Ressourcenverbrauchs bei Produktion und Nutzung von IT-Geräten durch Vorgaben in der öffentlichen Beschaffung und vereinfachte und vermehrte Reparatur</u> • <u>Rechenzentren konsequent nach Klimaneutralität und Energieeffizienz ausrichten</u> • <u>Vermehrte Bildung für digitale Nachhaltigkeit</u> 	
L2-265-3	Floris Rudolph (KV Köln)	<p><u>Nach Zeile 265 einfügen:</u> <u>Kommunen werden bei der Einführung von KI vom Land mit Knowhow und bei der Entwicklung unterstützt.</u></p>	<p><u>Modifizierte Übernahme Von Zeile 258 bis 259 einfügen:</u> ... uns einen Vorteil gegenüber schnelllebigen KI-Entwicklungen aus dem nicht-europäischen Ausland, die sich nicht an diesen Werten orientieren.</p> <p><i><u>Wenn die Kommunen untereinander und mit dem Land zusammenarbeiten, können auch Anwendungen, die Künstliche Intelligenz, Maschinelles Lernen oder Automatisierung nutzen, effizienter entwickelt und flächendeckend umgesetzt werden. Daneben müssen Bund, Ländern und Kommunen eine Strategie für den Einsatz von KI-Systemen in der öffentlichen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen erarbeiten und dabei Kooperations- bzw. Nachnutzungsmöglichkeiten</u></i></p>

			<p><u>(EfA-Prinzip) vorhandener KI-Entwicklungen oder KI-Projekte mit den anderen Bundesländern oder dem Bund geprüft werden.</u></p> <p>Nach Zeile 265 einfügen: <u>Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen KI-Anwendungen für die digitale Verwaltung entwickeln.</u></p>
--	--	--	---

Gegen diesen Verfahrensvorschlag gibt es **keine Gegenrede**. Daher kann direkt zur Abstimmung übergegangen werden.

Abstimmung: einstimmig **angenommen**

<p>TOP 7 Berichte</p>

Firat Yakşan (KV Köln) stellt den Bericht und das Arbeitsprogramm des **Landesdiversitätsrates** vor. Es folgen die Vorstellungen der neu gegründeten Landesvereinigung **InklusionsGrün** durch Anas Al-Qura'an (KV Düsseldorf) und Nabiha Ghanem (KV Soest) sowie der neuen Landesvereinigung **VerwaltungsGrün**, vorgestellt durch das Team der vier Koordinator*innen (Sandra Ernst, KV Mettmann; Floris Rudolph, KV Köln; Lisa Schultze, KV Dortmund; Arne von Holdt, KV Ennepe-Ruhr).

<p>TOP 8 Satzungsänderungen</p>

Präsidium: Helga Lange, André Zöhren (11:30 Uhr)

Antrag S-1: Ergänzung Landessatzung (3) Zeile 256 bis 257:

(3) Der Landesparteirat tagt mindestens zweimal jährlich. In begründeten Fällen, beispielsweise wenn in einem Jahr mehr als eine LDK stattfindet, kann er seltener tagen. Er wird vom Landesvorstand mit einer Ladungsfrist von vier Wochen...

Begründung: Raoul Roßbach (KV Herne)

Gegenrede: keine

Abstimmung: ohne Gegenstimmen bei wenigen Enthaltungen **mit eindeutiger Zweidrittel-Mehrheit angenommen**

<p>TOP 9 Verschiedenes</p>
--

Dringlichkeitsantrag V-19 (Petra Lippegau, KV Paderborn): *Keine Abschiebungen nach Afghanistan oder Syrien, Keine Asylverfahren in Drittstaaten, Keine Abschiebung bei Likes!*

Einbringung: Petra Lippegau (KV Paderborn)

Verfahrensvorschlag des Landesvorstands: Der Landesvorstand schlägt vor, diesen komplexen Antrag im Einvernehmen mit den Antragsteller*innen an den Landesvorstand und die Landtagsfraktion zu überweisen.

Abstimmung: bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen **angenommen**

Antrag V-05 (LAG-Wirtschaft): *Grüne Zukunft Rheinisches Revier: Wegbereiter für Lebensqualität und nachhaltiges Wirtschaften*

Einbringung: Christoph Nasgowitz (KV Aachen)

Gegenrede: keine

Abstimmung: einstimmig **angenommen**

Antrag V-10 (KV Warendorf): *Regeln für transparente Politik - Compliance bei Bündnis 90 / Die Grünen*

Einbringung: Anja Beiers (KV Warendorf)

Zu diesem Antrag liegt ein geeinter Änderungsantrag V-10-001 vor, der folgende Änderungen beinhaltet:

Änderungsantrag V-10-001 (Landesvorstand):

Änderung Zeile 1 bis 6:

Die Landesdelegiertenkonferenz beauftragt den Landesvorstand mit Einsetzung einer Kommission zur Erarbeitung von Compliance-Regeln für die Partei, um diese in einem im nächsten Jahr der LDK dem LPR vorzulegen. Bei der Besetzung Der Landesvorstand erarbeitet einen Themenplan und strukturiert die einzelnen Beratungsthemen in Fachgespräche und macht diesen Plan gegenüber der Kommission soll neben Partei transparent. Bei diesen bezieht er Parteimitgliedern verschiedener Ebenen, sowie Akteur*innen der Wissenschaft auch und die in diesem Thema tätige Zivilgesellschaft einbezogen werden (Deutsches in wie Deutsches Institut für Compliance, Transparency, Lobbycontrol, etc.) ein. Bei einer parteiöffentlichen Veranstaltung sollen die Zwischenergebnisse vorgestellt und mit den im Prozess Beteiligten diskutiert werden.

Gegenrede: Keine

Abstimmung: einstimmig **angenommen**

Präsidium: Anna di Bari und Pegah Edalatian (11:53 Uhr)

Antrag V-13 (Lilli Hampeter, KV Düsseldorf): *Restriktive Bezahlkarte verhindern!*

Einbringung: Clara Gerlach (KV Düsseldorf)

Zu diesem Antrag liegen mehrere Änderungsanträge vor. Die Antragskommission schlägt zum Umgang mit ihnen folgende Änderungen vor:

Antrag	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V13	Lilli Hampeter (KV Düsseldorf)		
V13-002	Landesvorstand NRW	Von Zeile 2 bis 4: ... lehnt die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete und andere Empfänger*innen von Sozialleistungen, die sich in ihrer Funktionalität von einer Girokarte unterscheidet, ab und restriktiven Bezahlkarte für Geflüchtete und andere Empfänger*innen von Sozialleistungen ab <u>Setzt sich für eine Bezahlkarte ein, die den Standards einer Girokarte entspricht</u>	Übernahme

V13-017	Landesvorstand NRW	Von Zeile 16 bis 18: ... müssen für Geflüchtete weiterhin offenstehen. Um die Verwaltungen des Landes und der Kommunen zu entlasten- kann bei Bedarf die Leistung mit Hilfe einer Girokarten ausgezahlt werden, sollte es <u>Kommunen auch zukünftig offenstehen, den Bedarf über Girokonten auszuzahlen.</u>	Modifizierte Übernahme Von Zeile 16 bis 18: ... müssen für Geflüchtete weiterhin offenstehen. Um die Verwaltungen des Landes und der Kommunen zu entlasten- kann, sollte es <u>Kommunen auch zukünftig offenstehen, bei Bedarf die Leistung mit Hilfe einer Girokarten ausgezahlt werden über Girokonten auszuzahlen.</u>
V13-019	Landesvorstand NRW	Von Zeile 19 bis 22: Statt in vermeintliche Abschreckung investieren wir in Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt – sowohl für bereits hier lebende als auch für ankommende Menschen. Rassismus und Ausgrenzung wirken wir entgegen. In Deutschland und Nordrhein-Westfalen ist Einwanderung nicht nur gelebte Realität seit mehreren Jahrzehnten. Wir sind zugleich auf Einwanderung angewiesen. Für uns steht Integration, Teilhabe und gesellschaftlicher Zusammenhalt im Mittelpunkt – sowohl für hier lebende als auch für ankommende Menschen. Wir sind davon überzeugt, dass eine restriktive Flüchtlingspolitik nicht abschreckend wirkt. Deshalb stellen wir uns in ganz NRW, im Land und in den Kommunen gegen eine restriktive ...	Modifizierte Übernahme Von Zeile 19 bis 22: Statt in vermeintliche Abschreckung investieren wir in Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt – sowohl für bereits hier lebende als auch für ankommende Menschen. Rassismus und Ausgrenzung wirken wir entgegen. In Deutschland und Nordrhein-Westfalen ist Einwanderung nicht nur gelebte Realität seit mehreren Jahrzehnten. Wir sind zugleich auf Einwanderung angewiesen. Für uns steht Integration, Teilhabe und gesellschaftlicher Zusammenhalt im Mittelpunkt – sowohl für hier lebende als auch für ankommende Menschen. Deshalb stellen wir uns in ganz NRW, im Land und in den Kommunen gegen eine restriktive ...

Gegenrede: keine

Abstimmung: mit wenigen Enthaltungen ohne Gegenstimmen angenommen

Antrag V-14 (LAG-Soziales, Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik): *Wohnraum für Alle!*

Einbringung: Jule Wenzel (KV Duisburg) und Marc Kersten (KV Köln)

Gegenrede: keine

Abstimmung: einstimmig angenommen

Antrag V-15 (LAG-Gesundheit): *Leiharbeit regulieren, Pflege stärken!*

Einbringung: Philipp Mathmann (KV Münster)

Zu diesem Antrag liegen drei Änderungsanträge vor. Die Antragskommission schlägt zum Umgang damit folgende Änderungen vor:

Antrag	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V15	LAG Gesundheit		
V15-069	Kreisvorstand Paderborn	Neuer Titel: Pflege stärken: Leiharbeit regulieren, Quartiersarbeit entwickeln, Personalreserven aufbauen Von Zeile 68 bis 71: Leiharbeit ist teils notwendig, um die	Modifizierte Übernahme In Zeile 1: Leiharbeit regulieren, Pflege stärken <u>Pflege stärken, Leiharbeit regulieren</u>

		<p>Versorgungssicherheit zu gewährleisten, aber keine optimale Lösung für den Personalmangel in der Pflege. <u>An einigen Stellen Sie birgt die Gefahr einer Zwei-Klassen-Pflege, bei der die Leiharbeiter*innen die besseren Gehälter, größere Freiheit bei der Wahl der Arbeitszeit haben und weniger Vertragung tragen und die Leiharbeitsfirmen auf hohe Gewinne statt auf Versorgungsqualität setzen.</u></p> <p><u>Wir Grünen setzen wir uns deshalb für eine stärkere Regulierung der Leiharbeit ein.</u> Wir wollen aggressive Abwerbekampagnen durch Leiharbeitsfirmen unterbinden. Diese müssen Verantwortung ...</p>	
V15-082	Kreisvorstand Paderborn	<p>Von Zeile 82 bis 94: Den Bedarf an Leiharbeit können wir nur reduzieren, wenn wir Strukturen schaffen, die ambulante statt stationäre Behandlungen und Pflege ermöglichen. Weg von Großeinrichtungen hin zu einer umfassenden Pflege u.a. in Pflegewohngemeinschaften und netzwerkorientierten Trägerstrukturen und Angeboten im Lebensumfeld der Betroffenen, die zudem ein besseres Arbeitsumfeld für Pflegende schaffen. Hierzu ist eine sektor- und trägerübergreifende Zusammenarbeit inklusive Aufbau gemeinsamer personeller Ressourcen notwendig, ebenso wie der Ausbau von präventiven und vorpflegerischen Angeboten. Das Alten- und Pflegegesetz (APG NRW) sowie Wohn- und Teilhabegesetzes (WTG) werden wir quartiersorientiert weiterentwickeln. Im Landesförderplan "Alter und Pflege" wollen wir einen Personalkostenzuschuss für die Einstellung von Quartiersmanager*innen in den Kommunen verankern. Die Pflegeversicherung muss künftig auch pflegeunterstützende Quartiersarbeit mitrefinanzieren. <u>Menschen, die auf eine Dauerpflege angewiesen sind, möglichst lang den Verbleib in ihrer Wohnumgebung zu ermöglichen, entspricht oft ihrem Wunsch und nach der UN-Behindertenrechtskonvention auch ihrem Recht. Eine gute häusliche Pflege könnte die stationäre Pflege entlasten.</u> Derzeit existiert dieses System häufig nur unter der Gefahr einer mehrfachen Ausbeutung: <u>Viele pflegende Angehörige sind physisch wie psychisch überfordert, da sie neben ihren Jobs, ggf. ihrer Familie die Pflege</u></p>	<p>Modifizierte Übernahme Von Zeile 96 bis 104: Menschen, die auf eine Dauerpflege angewiesen sind, möglichst lang den Verbleib in ihrer Wohnumgebung zu ermöglichen, wie es <u>ihrentspricht oft ihrem Wunsch und lautnach der UN-Behindertenrechtskonvention auch ihr Recht ist, sorgt für eine starke Entlastung der stationären Pflegeihrem Recht. Eine gute häusliche Pflege könnte die stationäre Pflege entlasten. Doch davon sind wir weit entfernt: viele häuslich Pflegende sind psychisch sowie physisch überfordert und arbeiten teils in einer arbeitsrechtlichen Grauzone.</u> Das erfordert nicht nur <u>besser koordinierte</u> quartiersorientierte Strukturen, sondern auch deutlich mehr Unterstützung für <u>häuslich Pflegende</u>. Wir vernetzen professionelle Anbieter, ehrenamtliche und private soziale Netzwerke und Familien, um gemeinsam unterstützende Strukturen zur Versorgung pflegebedürftiger Menschen zu entwickeln. <u>Wir setzen uns für rechtssichere, faire und bezahlbare Pflege-Modelle ein.</u> Wir wollen Lebensarbeitszeitkonten einführen, damit Menschen ihre Wochenstunden flexibel gestalten können, um u.a. ...</p>

		<p><u>Kranker übernehmen, für die Aufsicht über gefährdete Demenzerkrankte geradestehen oder die Koordinationsprobleme der zersplitterten Dienste ausgleichen. In der sogenannten „24-Stunden-Pflege“ arbeiten meist osteuropäische Hilfskräfte - häufig in der Illegalität. In Deutschland existiert noch immer keine Regelung, wie „Live-in-Care“ dem deutschen und europäischen Arbeitsrecht entsprechend gewährleistet und gleichzeitig den Bedarfen der Privathaushalten entsprechen kann. So sind viele Arbeitskräfte (und die zu Pflegenden) mit Überforderung, sozialen und arbeitsrechtlichen Problemen allein gelassen. Dies geht zu Lasten der Pflegequalität, die zu Pflegenden erhalten oft keine ihren Bedürfnissen entsprechende Pflege.</u></p> <p><u>Eine weitere Ausbeutung betrifft die Entsendeländer, in denen nicht nur die Arbeitskräfte fehlen, sondern auch Mütter, die für die Bildung und Erziehung ihrer Kinder sorgen oder (in meist traditionellen Gesellschaften) Care-Aufgaben übernehmen. Teile der Wohlfahrtsverbände wie der Gewerkschaften sprechen sich daher eindeutig gegen dieses Modell aus, so z. B. das Projekt Faire Mobilität des DGB. Das Bundesarbeitsgericht hat 2021 das Urteil gefällt, dass das Deutsche Arbeitsrecht auch für die häusliche Pflege gilt. Wir Gründe fordern neue, entlastende, verlässliche und legale Strukturen für die häusliche Pflege:</u></p>	
V15-122	Bernd Mäckeler (KV Siegen-Wittgenstein)	<p>Von Zeile 121 bis 122 einfügen: ... vereinfachen und bei gleichzeitiger Sicherung von Qualität und Standards haftungs- sowie datenschutzrechtlich absichern.</p> <p><u>Ausbildungswillige Geflüchtete einbinden</u></p> <p><u>Es gibt ein nicht geringes Potenzial an jungen, interessierten Menschen, denen aber die Zusicherung fehlt eine Ausbildung auch beenden zu können, sondern darüber hinaus eine mittelfristige Perspektive für sich selbst zu haben. Die Pflegebetriebe wiederum benötigen diesbezüglich Planungssicherheit. Hier ist eine Gesetzesänderung notwendig.</u></p>	<p>Modifizierte Übernahme Von Zeile 121 bis 122 einfügen: ... vereinfachen und bei gleichzeitiger Sicherung von Qualität und Standards haftungs- sowie datenschutzrechtlich absichern.</p> <p><u>Geflüchtete einbinden</u></p> <p><u>Es gibt ein nicht geringes Potenzial an jungen, interessierten Menschen, denen aber die Zusicherung fehlt, zum Beispiel eine Pflege-Ausbildung auch beenden zu können, sondern und darüber hinaus eine mittelfristige Perspektive in unserem Land für sich selbst zu haben. Die Pflegebetriebe wiederum benötigen diesbezüglich Planungssicherheit. Hier ist eine Gesetzesänderung notwendig.</u></p>

Gegenrede: keine

Abstimmung: bei wenigen Enthaltungen ohne Gegenstimmen **angenommen**

Antrag V-03 (LAG-Bildung und Schule): *NRW-Lehrkräfteausbildung in das 21. Jahrhundert holen!*

Begründung: Fabian May (KV Herne)

Zu diesem Antrag liegen mehrere Änderungsanträge vor. Die Antragskommission schlägt dazu folgende Änderungen vor:

Antrag	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V03	LAG Bildung und Schule		
V03-001	Landesvorstand NRW	Von Zeile 1 bis 2 einfügen: <u>Tausende Lehrer*innen in NRW arbeiten jeden Tag für mehr Chancen und Bildungsgerechtigkeit. Sie sind der Schlüssel zur Bildung und engagieren sich mit Herzblut. Dabei möchten wir sie noch stärker unterstützen, und dazu gehört eine bestmögliche Chance der Ausbildung. Wir wollen die Lehrkräfteausbildung endlich den aktuellen Erfordernissen und Bedarfen anpassen. Wir wollen die Ausbildung unserer Lehrer:innen in das 21. ...</u>	Übernahme
V03-041	Landesvorstand NRW	Von Zeile 41 bis 42 einfügen: <u>... Lehramtsstudierende besser in die Schulen insbesondere am Studienort eingebunden werden, auch um in der Praxis mehr engagierte und tatkräftige Menschen im System zu ermöglichen.</u>	Übernahme
V03-060	KV Warendorf	Nach Zeile 60 einfügen: <u>... verpflichtende pädagogische Bestandteile im Bachelor- und Masterstudiengang, sowie in der zweiten Ausbildungsphase angehender Lehrer*innen, die Sensibilitäten und Kompetenzen im Umgang mit kulturell und sprachlich heterogenen Klassen, sowie dem Thema Rassismus und Diskriminierungserfahrungen von BIPOC-Schüler*innen und Lehrer*innen vermitteln.</u>	Übernahme
V03-127	LAG Bildung und Schule	Nach Zeile 127 einfügen: <u>Zentren für schulpraktische Lehrkräfteausbildung ein von der Beschäftigtenzahl abhängiges, festes Budget zur Erkundung außerschulischer Lernorte zuweisen, das diese in Eigenverantwortung bewirtschaften dürfen.</u>	Übernahme
V03-151	KV Warendorf	Nach Zeile 151 einfügen: <u>Hilfen und Verfahren für BIPOC-Referendari*innen und Lehrer*innen, die in ihrer Ausbildung und am Arbeitsplatz mit Rassismuserfahrungen konfrontiert sind.</u>	Übernahme

V03-172	KV Warendorf	<p>Nach Zeile 172 einfügen: <u>Wege zur Schaffung von Funktionsstellen für Antidiskriminierungsbeauftragte an Schulen zu ermöglichen</u></p>	<p>Modifizierte Übernahme Nach Zeile 172 einfügen: <u>In einem ersten Schritt Vertrauenspersonen an jeder Schule zu benennen, an die sich Schüler:innen und Lehrkräfte mit Diskriminierungserfahrungen wenden können.</u></p>
---------	--------------	--	---

Gegenrede: keine

Abstimmung: bei wenigen Enthaltungen ohne Gegenstimmen **angenommen**

Antrag V-04 (LAG-Ernährung und Verbraucher*innenschutz): *Ernährungswende vorantreiben – Einfach. Jetzt. Machen!*

Einbringung: Albrecht Fleischer (KV Steinfurt)

Zu diesem Antrag liegen mehrere Änderungsanträge vor, für die von der Antragskommission folgendes Verfahren vorgeschlagen wird:

V-04-001 (Landesvorstand)

Vor Zeile 1 einfügen:

Ernährung nur aus der Perspektive der Landwirtschaft argumentiert, wäre zu kurz gegriffen. Ernährung bedeutet vom Acker bis zum Teller alle Verarbeitungsschritte in den Blick zu nehmen, denn oft macht erst die Verarbeitung der Ernten die Produkte zu verzehrfähigen Lebensmitteln. Die Ernährungswende kann also nur entlang der gesamten Wertschöpfungskette und unter der Beteiligung einer Vielzahl an Stakeholder*innen gelingen. Ziel ist eine nachhaltige Erzeugung von Lebensmitteln für gesunde Mahlzeiten. Ziel ist, eine gesunde Ernährung für alle zu ermöglichen. Denn jede/r soll sich so ernähren, wie sie/er es gerne möchte und viele wollen es gesund. Die wissenschaftlich hoch anerkannte EAT Lancet Commission hat schon 2019 gesunde und nachhaltige Speisepläne entwickelt, in dem sie vor allem die klimaschädlichsten Bestandteile unserer heutigen Ernährung versuchen zu vermeiden. Auf eine kurze Formel verdichtet: mehr pflanzenbasiert, mehr Leguminosen, weniger tierische Proteine. Auch der wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung (WBAE) hat in seinem Gutachten von 2020 die Rahmenbedingungen für die Gesellschaft hinsichtlich Gesundheit – Soziales – Umwelt und Tierwohl beschrieben und Empfehlungen an die Bundesregierung gerichtet. Ein wichtiger Schwerpunkt ist dabei, die Ernährungsumgebung für Kinder wesentlich gesünder zu gestalten. 2024 hat das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) seine Ernährungsstrategie „Gut essen in Deutschland“ präsentiert, welche die Empfehlungen eines sehr breiten Stakeholder Prozesses richtungsweisend zusammenfasst. Im März 2024 hat die Deutsche Gesellschaft für Ernährung die aktuell gültigen lebensmittelbezogenen Ernährungsempfehlungen der DGE veröffentlicht. Ihre Empfehlungen berücksichtigen auch Nachhaltigkeitsaspekte und Umweltauswirkungen. Und nicht zuletzt hat der Bürgerrat des Bundestages mit seinem Gutachten „Ernährung im Wandel“ klare Empfehlungen an die Politik gerichtet. Der Fokus des Bürgerrates liegt auf der Bezahlbarkeit des Mittagessens für alle Kinder als Schlüssel für Bildungschancen und Gesundheit. Der Bürgerrat fordert mit dem Gutachten die Politik auf, die Ernährungswende voranzutreiben. Daran wollen wir anknüpfen. Wir unterstützen den Antrag zur Ernährungsstrategie der Fraktion von Bündnis 90/ GRÜNEN NRW des vergangenen Jahres und fordern eine Ernährungsstrategie auf Landesebene zu erarbeiten. Nun ist es Zeit, von der Theorie in die Praxis zu kommen. Denn die Ernährungswende findet zuallererst vor Ort statt: Zuhause bei den Menschen, in der kommunalen Gemeinschaftsgastronomie, in der Versorgung von Menschen in sozialen Einrichtungen und Krankenhäusern. Und überall dort haben grüne Mandatsträger*innen Verantwortung. Gerade das Zubereiten und der Einkauf der Lebensmittel entscheiden maßgeblich über die Nachhaltigkeit der Wertschöpfungskette. Deshalb fordert die LAG-Ernährung die FARM TO FORK Strategie vom Acker auf den Teller zu einer ACKER-KÜCHE-TELLER Strategie zu erweitern, um mit der Küche den Schwerpunkt der Ernährungswende in den Fokus zu rücken. Die Küche ist der Ort der Entscheidung für frisches und gesundheitsförderndes Essen. Die Küchenleitung entscheidet über den Einsatz von bio-, regional und/oder saisonal. Sie entscheidet über einen hohen oder

niedrigen Convenience-Grad, und damit auch über FRISCHE- oder FERTIG-Menüs. „ACKER-KÜCHE-TELLER“ sollte in der Ernährungsstrategie NRW das Leitmotiv sein. Damit machen wir deutlich, dass die Küche der Ort ist, in dem das Küchenteam über den Erfolg der Ernährungswende entscheidet: Alles beginnt mit dem Einkauf der Lebensmittel. Werden von der Küche mehr biologisch und regional erzeugte Lebensmittel verarbeitet, trägt sie unmittelbar zum wirtschaftlichen Erfolg der regionalen Landwirtschaft bei und fördert somit die regionalen Wertschöpfungsketten. Es sind aber nicht die Köch*innen allein, die diese Verantwortung tragen. Die Schulträger, also z.B. die Verwaltungen in Landkreisen und Kommunen entscheiden über die Art, was und wie in den Mensen gekocht und gegessen wird. Die Chance für den Erfolg der Ernährungswende liegt in den Landkreisen und Kommunen. Ein Beratungsangebot für die Träger von Verpflegungseinrichtungen muß Teil der Arbeit in den Verwaltungen der Landkreise und Kommunen werden. Denn viele Entscheidungen der Landkreise und Kommunen eröffnen überhaupt die Möglichkeiten für gesunde Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung. Dabei fehlt oft das Wissen auf der kommunalen Ebenen. Doch es gibt auch übergeordnete Beratungsangebote. Wir nennen hier beispielhaft die Beratung der Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung der Verbraucherzentrale NRW. Neben der Ernährungsorganisation legt die LAG-Ernährung einen Schwerpunkt auf die Speisenqualität der Schulverpflegung. Wir schlagen vor, jedes Essen in Kitas und Schulen mit einem 25%tigen Aufschlag auf den Preis des Standardessens zu subventionieren. Die Förderung ist an die Vorgaben zu koppeln, dass die Küchen DGE-zertifiziert sind, dass der Einkauf hochwertiger Lebensmittel in den Kita-Küchen und Schulmensen sich auf regionale, saisonale und Produkte aus biologischem Anbau konzentriert und dass das zur Zubereitung der Mahlzeiten verwendete Fleisch von Tieren stammt, die mindestens der Haltungform 3 entsprechen. Mit dieser Förderung ist sicherzustellen, dass damit die Landwirtschaft NRW in hohem Masse von der Förderung profitiert. So machen wir unsere Wertschätzung für Produkte der heimischen Landwirtschaft deutlich. Wir fördern die Qualität der Landwirtschaft und der Verpflegung in den Schulen NRW gleichzeitig. Eine Win-Win-Situation! Weiterhin regen wir an, öffentlichen Verpflegungseinrichtungen von Kitas, Schulen, Universitäten, Pflegeeinrichtungen usw. zu empfehlen, Nudging-Strategien zu verwenden, indem sie die gesunde Mahlzeit strategisch als erste bei der Essensausgabe präsentieren. Es geht der LAG-Ernährung nicht allein um die Ernährungsorganisation. Wir wissen, wie dies auch Slow Food Deutschland fordert, dass Ernährungsbildung ein Grundbaustein für eine dauerhaft gesunde Ernährung ist. Ernährungsbildung und das Angebot einer guten Schulverpflegung gehören zusammen. Wir schlagen vor, ein Förderprogramm „Mobile Lehrküche“ für Schulen und Kitas in NRW einzurichten. Die mobilen Küchen können als Lastenfahrräder konzipiert werden und können die Ernährungs- und Umweltbildung flexibel unterstützen. Das Förderprogramm „Mobile Lehrküche“ kann auch auf die Nutzung von Küchen sozialer und kommunaler Träger ausgeweitet werden. Ergänzend fordern wir, die Empfehlungen der Initiative des BMEL „inform“ und die Ergebnisse der Broschüre „Integriertes Konzept ESSEN UND TRINKEN IN DER SCHULE“ umzusetzen. Ernährung ist so viel mehr. Ein Antrag zur Ernährungssituation in NRW kann nur wesentliche Grundbausteine definieren, die die Arbeitsgrundlage für weitere Ziele sind. Die LAG-Ernährung sieht Ernährung als Spange zwischen Landwirtschaft, Gesundheit und Bildung. Wir stimmen den Ernährungsinitiativen zu: Ernährung ist individuell. Strategien zur ausreichenden, resilienten und nachhaltigen Ernährung sind Auftrag an die Politik. Als solches ist Ernährung ernst zu nehmen. Ernährung definiert sich über den Begriff „Verbraucher*innenschutz“ hinaus. Wir fordern eine strukturelle Bündelung der unterschiedlichen Landeszuständigkeiten für das Thema Ernährung. Ernährung beinhaltet alle Positionen der Wertschöpfungskette: vom Acker über die Küche bis zum Teller und sollte daher auch an einem Ort der Landesregierung NRW politische Wertschätzung finden.

Modifizierte Übernahme:

Von Zeile 1 bis 6:

Ernährung nur aus der Perspektive der Landwirtschaft argumentiert, wäre zu kurz gegriffen. Ernährung bedeutet vom Acker bis zum Teller alle Verarbeitungsschritte in den Blick zu nehmen, denn oft macht erst die Verarbeitung der Ernten die Produkte zu verzehrfähigen Lebensmitteln. Die Ernährungswende kann also nur entlang der gesamten Wertschöpfungskette und unter der Beteiligung einer Vielzahl an Stakeholder*innen gelingen. Ziel ist eine nachhaltige Erzeugung von Lebensmitteln für gesunde Mahlzeiten. Ziel ist, eine gesunde Ernährung für alle zu ermöglichen. Denn jede/r soll sich so ernähren, wie sie/er es gerne möchte und viele wollen es gesund. Die wissenschaftlich hoch anerkannte EAT Lancet-Commission hat schon 2019 gesunde und nachhaltige Speisepläne entwickelt, in dem sie vor allem die klimaschädlichsten Bestandteile unserer heutigen Ernährung versuchen zu vermeiden. Auf eine kurze Formel verdichtet: mehr pflanzenbasiert, mehr Leguminosen.

weniger tierische Proteine. Auch der wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung (WBAE) hat in seinem Gutachten von 2020 die Rahmenbedingungen für die Gesellschaft hinsichtlich Gesundheit – Soziales – Umwelt und Tierwohl beschrieben und Empfehlungen an die Bundesregierung gerichtet. Ein wichtiger Schwerpunkt ist dabei, die Ernährungsumgebung für Kinder wesentlich gesünder zu gestalten. 2024 hat das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) seine Ernährungsstrategie „Gut essen in Deutschland“ präsentiert, welche die Empfehlungen eines sehr breiten Stakeholder-Prozesses richtungsweisend zusammenfasst. Im März 2024 hat die Deutsche Gesellschaft für Ernährung die aktuell gültigen lebensmittelbezogenen Ernährungsempfehlungen der DGE veröffentlicht. Ihre Empfehlungen berücksichtigen auch Nachhaltigkeitsaspekte und Umweltauswirkungen. Und nicht zuletzt hat der Bürgerrat des Bundestages mit seinem Gutachten „Ernährung im Wandel“ klare Empfehlungen an die Politik gerichtet. Der Fokus des Bürgerrates liegt auf der Bezahlbarkeit des Mittagessens für alle Kinder als Schlüssel für Bildungschancen und Gesundheit. Der Bürgerrat fordert mit dem Gutachten die Politik auf, die Ernährungswende voranzutreiben. Daran wollen wir anknüpfen. Wir unterstützen den Antrag zur Ernährungsstrategie der Fraktion von Bündnis 90/ GRÜNEN NRW des vergangenen Jahres und fordern eine Ernährungsstrategie auf Landesebene zu erarbeiten. Nun ist es Zeit, von der Theorie in die Praxis zu kommen. Denn die Ernährungswende findet zuallererst vor Ort statt: Zuhause bei den Menschen, in der kommunalen Gemeinschaftsgastronomie, in der Versorgung von Menschen in sozialen Einrichtungen und Krankenhäusern. Und überall dort haben grüne Mandatsträger*innen Verantwortung. Gerade das Zubereiten und der Einkauf der Lebensmittel entscheiden maßgeblich über die Nachhaltigkeit der Wertschöpfungskette. Deshalb fordern B90/Die Grünen die FARM TO FORK Strategie vom Acker auf den Teller zu einer ACKER-KÜCHE-TELLER Strategie zu erweitern, um mit der Küche den Schwerpunkt der Ernährungswende in den Fokus zu rücken. Die Küche ist der Ort der Entscheidung für frisches und gesundheitsförderndes Essen. Die Küchenleitung entscheidet über den Einsatz von bio-, regional und/oder saisonal. Sie entscheidet über einen hohen oder niedrigen Convenience-Grad, und damit auch über FRISCHE- oder FERTIG-Menüs. „ACKER-KÜCHE-TELLER“ sollte in der Ernährungsstrategie NRW das Leitmotiv sein. Damit machen wir deutlich, dass die Küche der Ort ist, in dem das Küchenteam über den Erfolg der Ernährungswende entscheidet: Alles beginnt mit dem Einkauf der Lebensmittel. Werden von der Küche mehr biologisch und regional erzeugte Lebensmittel verarbeitet, trägt sie unmittelbar zum wirtschaftlichen Erfolg der regionalen Landwirtschaft bei und fördert somit die regionalen Wertschöpfungsketten. Es sind aber nicht die Köch*innen allein, die diese Verantwortung tragen. Die Schulträger, also z.B. die Verwaltungen in Landkreisen und Kommunen bestimmen die Rahmenbedingungen und entscheiden über die Art, was und wie in den Mensen gekocht und gegessen wird. Die Chance für den Erfolg der Ernährungswende liegt in den Landkreisen und Kommunen. Ein Beratungsangebot für die Träger von Verpflegungseinrichtungen muss Teil der Arbeit in den Verwaltungen der Landkreise und Kommunen werden. Denn viele Entscheidungen der Landkreise und Kommunen eröffnen überhaupt die Möglichkeiten für gesunde Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung. Dabei fehlt oft das Wissen auf der kommunalen Ebenen. Doch es gibt auch übergeordnete Beratungsangebote. Wir nennen hier beispielhaft die Beratung der Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung der Verbraucherzentrale NRW. Neben der Ernährungsorganisation wollen wir einen Schwerpunkt auf die Speisenqualität der Schulverpflegung legen. Das Engagement einer Küche in eine höhere Essensqualität mit biologisch, regional und saisonal angebauten Lebensmitteln wird einen höheren Wareneinsatz erfordern, der in etwa 25% Mehrkosten im Wareneinsatz zum Standard verursacht. Deshalb streben wir an, als Ausgleich für diese Mehrkosten den Betreibern dieser Küchen einen Zuschlag zur Unterstützung der Transformation und übergangsweise zum Standardmenüpreis zu gewähren. Die Förderung ist an die Vorgaben zu koppeln, dass die Küchen DGE-zertifiziert sind, dass der Einkauf hochwertiger Lebensmittel in den Kita-Küchen und Schulmensen sich auf regionale, saisonale und Produkte aus biologischem Anbau konzentriert und dass das zur Zubereitung der Mahlzeiten verwendete Fleisch von Tieren stammt, die mindestens der Haltungsform 3 entsprechen. Mit dieser Förderung ist sicherzustellen, dass damit die Landwirtschaft NRW in hohem Masse von der Förderung profitiert. So machen wir unsere Wertschätzung für Produkte der heimischen Landwirtschaft deutlich. Wir fördern die Qualität der Landwirtschaft und der Verpflegung in den Schulen NRW gleichzeitig. Eine Win-Win-Situation! Weiterhin regen wir an, öffentlichen Verpflegungseinrichtungen von Kitas, Schulen, Universitäten, Pflegeeinrichtungen usw. zu empfehlen, Nudging-Strategien zu verwenden, indem sie die gesunde Mahlzeit strategisch als erste bei der Essensausgabe präsentieren. Es geht uns nicht allein um die Ernährungsorganisation. Wir wissen, wie dies auch Slow Food Deutschland fordert, dass Ernährungsbildung ein Grundbaustein für eine dauerhaft gesunde Ernährung ist. Ernährungsbildung und das Angebot einer guten Schulverpflegung gehören zusammen. Wir schlagen vor, ein Förderprogramm „Mobile Lehrküche“ für Schulen und Kitas in NRW einzurichten. Die mobilen Küchen können als Lastenfahrräder konzipiert werden und können die Ernährungs- und

Umweltbildung flexibel unterstützen. Das Förderprogramm „Mobile Lehrküche“ kann auch auf die Nutzung von Küchen sozialer und kommunaler Träger ausgeweitet werden. Ergänzend fordern wir, die Empfehlungen der Initiative des BMEL „inform“ und die Ergebnisse der Broschüre „Integriertes Konzept ESSEN UND TRINKEN IN DER SCHULE“ umzusetzen. Ernährung ist so viel mehr. Ein Antrag zur Ernährungssituation in NRW kann nur wesentliche Grundbausteine definieren, die die Arbeitsgrundlage für weitere Ziele sind. Ernährung ist die Spange zwischen Landwirtschaft, Gesundheit und Bildung. Wir stimmen den Ernährungsinitiativen zu: Ernährung ist individuell. Strategien zur ausreichenden, resilienten und nachhaltigen Ernährung sind Auftrag an die Politik. Als solches ist Ernährung ernst zu nehmen. Ernährung definiert sich über den Begriff „Verbraucher*innenschutz“ hinaus. Es braucht eine strukturelle Bündelung der unterschiedlichen Landeszuständigkeiten für das Thema Ernährung. Ernährung beinhaltet alle Positionen der Wertschöpfungskette: vom Acker über die Küche bis zum Teller und sollte daher auch an einem Ort der Landesregierung NRW politische Wertschätzung finden

Bündnis'90/DIE GRÜNEN NRW ~~fordert~~wollen für NRW erreichen:

- ~~Die Beratungen der Vernetzungsstelle Schulverpflegung verstärkt bei kommunalen Planungen von Küchen und Mensen einzubeziehen und ggf. auch aufzustocken.~~
- ~~Die Kapazitäten der Vernetzungsstelle Schulverpflegung sind bedarfsgerecht aufzustocken.~~
- ~~Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) verpflichtend in densollen für die Verpflegungseinheiten der Gemeinschaftsgastronomie einzuführenStandard werden.~~

Antrag	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V04	LAG Ernährung und Verbraucher*innenschutz NRW		
V04-002	LAG Wirtschaft NRW	Von Zeile 2 bis 3 einfügen: - ... langfristig und schrittweise, dass die <u>Gemeinschaftsverpflegung in Kindertageseinrichtungen, Schulen und öffentlichen Einrichtungen zu 100% aus ökologisch produzierten Lebensmitteln gedeckt werden soll. Gleichzeitig soll der Anteil nicht saisonaler Lebensmittel auf ein Minimum reduziert werden und der Anteil an fair gehandelten Importlebensmitteln deutlich gesteigert werden.</u>	Modifizierte Übernahme Von Zeile 2 bis 3 einfügen: - ...dass die <u>Gemeinschaftsverpflegung in Kindertageseinrichtungen, Schulen und öffentlichen Einrichtungen dem nachhaltigen Prinzip ökologisch, regional, saisonal produzierter Lebensmittel entsprechen soll. Gleichzeitig soll der Anteil an fair gehandelten Lebensmitteln deutlich gesteigert werden.</u>
V04-007	LAG Wirtschaft NRW	In Zeile 7 einfügen: - Den Anteil an regional erzeugten Lebensmitteln <u>bei öffentlichen Ausschreibungen in Übereinstimmung mit Europäischen Vorgaben zu steigern.</u>	Modifizierte Übernahme In Zeile 7 löschen: - Den Anteil an regional erzeugten Lebensmitteln zu steigern.
V04-008	LAG Wirtschaft NRW	Von Zeile 8 bis 9 einfügen: - Den Anteil an ökologisch erzeugten Lebensmitteln der <u>Gemeinschaftsverpflegung der öffentlichen Hand auf 30% bezogen auf den geldwerten Wareneinsatz im Monatsdurchschnitt kurzfristig zu steigern.</u>	Modifizierte Übernahme Von Zeile 8 bis 9 einfügen: - Den Anteil an ökologisch erzeugten Lebensmitteln der <u>Gemeinschaftsverpflegung der öffentlichen Hand auf 30% bezogen auf den geldwerten Wareneinsatz im Monatsdurchschnitt zu steigern.</u>

V04-010	LAG Wirtschaft NRW	<p>Von Zeile 10 bis 12 löschen: –Die Schulessen mit DGE Standards und mit einem 30% regional ökologischen Anteil mit einem 25%tigen Aufschlag auf den Preis des Standardessens zu subventionieren.</p>	<p>Modifizierte Übernahme Von Zeile 8 bis 12: - Den Anteil an ökologisch erzeugten Lebensmitteln der Gemeinschaftsverpflegung auf 30% zu steigern.</p> <p><u>Mit einer Fördermaßnahme für höhere Essensqualität mit biologisch, regional und saisonal angebauten Lebensmitteln sollen Küchen mit diesem Engagement einen Zuschlag zur Unterstützung der Transformation und übergangsweise zum Standard-Menüpreis erhalten.</u></p> <p>–Die Schulessen mit DGE Standards und mit einem 30% regional ökologischen Anteil mit einem 25%tigen Aufschlag auf den Preis des Standardessens zu subventionieren.</p>
---------	--------------------	---	---

Gegenrede: keine

Abstimmung: mit wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen **angenommen**

Antrag V-01 (KV Steinfurt): *Hürden für Agroforstsysteme abbauen, denn sie haben Vorteile für Klima, Natur, Landwirtschaft und Menschen!*

Einbringung: Mirko Bamming (KV Steinfurt)

Hierzu liegt ein **Änderungsantrag V-01-001** vor, zu dem die Antragskommission folgende Änderung vorschlägt:

Antrag	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V01	KMV Steinfurt		
V01-001	Landesvorstand NRW	<p>Vor Zeile 1 einfügen: <u>Wir brauchen eine zukunftsfähige Landwirtschaft für unsere Ernährung und die Biodiversität. Die Klima- und Biodiversitätskrise trifft die Bäuer*innen zuerst. Im Kampf um gute Böden, planbares Wirtschaften und den Erhalt unserer Lebensgrundlagen stehen wir an der Seite unserer Landwirt*innen.</u></p>	<p>Modifizierte Übernahme Vor Zeile 1 einfügen: <u>Wir brauchen eine zukunftsfähige Landwirtschaft für unsere Ernährung und die Biodiversität. Die Klima- und Biodiversitätskrise trifft die Bäuer*innen zuerst. Im Kampf um gute Böden, planbares Wirtschaften und den Erhalt unserer Lebensgrundlagen stehen wir an der Seite der Landwirt*innen.</u></p>

Gegenrede: keine

Abstimmung: einstimmig **angenommen**

Antrag V-09 (KV Warendorf): *Atomülltransporte von Jülich nach Ahaus verhindern!*

Einbringung: Katja Behrendt (KV Warendorf) *Ein Hauptakteur des Antrags, Gerd Klünder, ist leider sehr überraschend verstorben. Die Antragsteller*innen erinnern an Gerd und würdigen seine jahrzehntelange Arbeit für die Grünen.*

Gegenrede: keine

Abstimmung: bei einer Nein-Stimme und wenigen Enthaltungen **angenommen**

Verabschiedung

Raoul Roßbach (KV Herne), Politischer Landesgeschäftsführer, bedankt sich herzlich bei allen Beteiligten für die guten Debatten und Beschlüsse und bei allen, die den Parteitag so möglich gemacht haben. Er wünscht den Delegierten einen schönen Sommer und weist auf den Parteitag in Bielefeld im Dezember hin.

Der Parteitag schließt um 12:40 Uhr.

Oberhausen, den 30. Juni 2024

Für die Richtigkeit:

gez. Raoul Roßbach (Politischer Landesgeschäftsführer)

Dr. Wolfgang Zumdick (Protokoll)

Milena Suchier (Protokoll)